

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonntagen und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Hohenzollernstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.50. Monatlich 45 Pfg. Belegungspreise Nr. 6089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viertelwöchentlichen Belegungen oder deren Raum 15 Pfg., für die wöchentlichen Belegungen 10 Pfg., für die täglichen Belegungen 5 Pfg., ansonsten 20 Pfg. Interessante für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 156.

Mittwoch, den 8. Juli 1903.

10. Jahrgang.

Siehe eine Beilage.

## Sozialdemokratie und Reichstagspräsidium.

Genosse Parvus schreibt uns: Eine und dieselbe Handlung kann opportunistisch, oder auch revolutionär sein. Es hängt davon ab, in welchem Zusammenhang sie steht, welchem Zweck sie dient, wie sie politisch verwertet wird. Wollten wir z. B. das allgemeine Wahlrecht nur zu Zwecken der Mandatjagd ausnützen, so wäre das Opportunismus. Im geraden Gegensatz dazu sah bekanntlich unsere Partei im allgemeinen Wahlrecht erst nur ein Mittel der Agitation. Wir sind von dieser Ansicht abgekommen. Es hat sich mit dem Wachstum unserer Mandatzahl von selbst gezeigt, daß wir durch eine starke Reichstagsvertretung den bürgerlichen Parteien jedenfalls nicht unerhebliche Ungelegenheiten bereiten können. Diese Korrektur der früheren Auffassung ist von der Partei stillschweigend angenommen worden, ohne deshalb den grundsätzlichen Standpunkt aufzugeben, wonach das Wesentliche, das Schwergewicht unserer politischen Machtentfaltung in dem Zusammenhalt der proletarischen Massen und nicht in der Mehrung der Mandate liegt. Wir bleiben frei von der opportunistischen Illusion, durch eine Zahlenvermehrung im Reichstage den kapitalistischen Staat aus den Angeln heben zu können, wie auch von dem intransigenten Standpunkt, dessen Konsequenz nur die sein kann, den politischen Kampf der Arbeiterklasse außerhalb des politischen Kampffeldes des Kapitals zu legen. Ob wir nun die Bedeutung der Wahlen so oder so auffassen, das legt seinen Stempel auf unser politisches Verhalten, auf unsere Stellung zu den Parteien, auf unsere ganze politische Taktik. Dieselbe politische Handlung, die Wahlbestimmung, bekommt also je nachdem einen verschiedenen Charakter.

Anlässlich der starken Vermehrung unserer Fraktion bei den letzten Wahlen hat die Frage unserer Ansprüche auf das Reichstagspräsidium parlamentarische Aktualität gewonnen. Damit soll noch keineswegs gesagt werden, daß die Sache von großer politischer Tragweite sei. Sie ist zunächst eine innere Angelegenheit des Reichstags, — inwiefern man ihr eine allgemeine Bedeutung abgewinnen kann, müssen wir erst festzustellen suchen.

Man kann das sozialdemokratische Präsidium vom opportunistischen Gesichtspunkte ins Auge fassen. Dann wird man darin vor allem einen Erfolg der Demokratie erblicken wollen. Ein Arbeitervertreter — Reichstagspräsident, die höchste gewählte Stellung im Reich, Vertreter der Nation Schulter an Schulter mit dem Aristokraten und dem Plutokraten! Man wird glauben, das Ansehen der Partei dadurch gesteigert, das Odium mit dem ihr die bürgerlichen Parteien entgegenstehen, abgeschwächt und die Möglichkeit eines politischen Zusammenwirkens mit den übrigen Parteien erhöht zu haben. Die Sozialdemokratie — würde es dann heißen — müßte zeigen, daß sie auch den Repräsentationspflichten gewachsen sei. Und man würde von ihr verlangen, daß sie durch eine vorzügliche Taktik, durch ein parlamentarisches Vorgehen den günstigen Eindruck fördere.

Das wären offenbar kindliche Phantastereien. Die Gegensätze von Reich und Arm, Arbeit und Ausbeutung lassen sich nicht durch eine gemeinsame Vorstellung bei Hofe überbrücken, und keine schlaue Taktik kann über diese Klaffen den Gegensätze hinweghelfen. Durch das Bestreben, nicht zu verlegen, würde man nur sich selbst Blößen geben, man würde sich die Verachtung von oben zuziehen, währenddem die Arbeitermassen unten es immer weniger begreiflich finden würden, weshalb denn diese Partei an einem Posten festhalte, dessen Nutzen kaum wahrzunehmen, der sie aber erniedrige.

Man kann aber die Uebernahme des Präsidiums auch von einem ganz anderen Standpunkte aus befürworten und dementsprechend eine andere Taktik einschlagen. Man kann durch die sozialdemokratische Theilnahme am Reichstagspräsidium die Gegensätze zwischen den Unterdrückten und den Herrschenden sowie zwischen Republik und Monarchie nicht abkämpfen, vorzüglich aber kann man sie zuspitzen. Wenn zwei entgegengesetzte politische Ideale, die alte von der Tradition und der Religion geheiligte Weltanschauung und die neue revolutionäre Weltanschauung, in ihren schärfsten Extremen aufeinanderprallen, so kann das uns nur recht sein. Also ein sozialdemokratischer Reichstagspräsident, um unseren Standpunkt von der exponirtesten Stelle am rücksichtslosesten zu vertreten! Nicht wir sollen uns den Andern anpassen, sondern Andere sollen sich uns anpassen. Die Konflikte scheuen wir nicht. Nur zu! Wir haben für das heißeste Temperament eine genügend kalte Douch.

Darum wird auch die Folge einer Theilnahme der Sozialdemokratie am Präsidium nicht die sein, daß die Sozialdemokratie hoffähig, sondern daß das Reichstagspräsidium weniger hoffähig wird. Man wird die sozialdemokratischen Besuche am Hofe sehr bald satt bekommen. Die Herren, die jetzt darauf bestehen, daß die Sozialdemokratie Hofempfangs mitmacht, werden dann froh sein, wenn die Sozialdemokratie auf diese hohe Ehre verzichtet.

Daß eine Bezeichnung des Reichstagspräsidiums gewisse parlamentarische Vortheile bei der Handhabung der Geschäftsordnung u. dergleichen bietet, wird von Niemand bestritten. Unbillig ist es, die Frage so zu stellen: kann unsere Theilnahme am Präsidium vor einer Vergewaltigung der Geschäftsordnung schützen, oder nicht? Bekanntlich kann nicht einmal unsere Fraktion als solche vor einer Vergewaltigung der Verfassung schützen, — ist sie aber deshalb überflüssig? Es ist gewiß nicht viel, was wir im Reichstagspräsidium leisten können, aber etwas ist es doch, und schließlich kommt es gar nicht einmal so sehr darauf an. Die Hauptsache ist, daß wir den gesammelten hergebrachten politischen Anschauungen der bürgerlichen Kreise und des Hofes trogen. Man sehe doch, in welche Aufregung diese Kreise schon allein durch die Erörterung der Möglichkeit, daß ein Sozialdemokrat im Reichstagspräsidium vertreten sein wird, gerathen sind. Die konservative Presse thut so, als wenn die Grundfesten des Staats unter dem Fußtritt Singers auf dem Hofparquet ins Wanken gerathen würden. Darum erst recht. Und ein Jude soll es extra sein — zum größten Entsetzen der Hofzeremonienmeister. Begreift man denn nicht, daß damit alles moralisch heruntergerissen wird, was noch an Standes- und und aristokratischen Unterschieden in Deutschland vorhanden ist!

Schließlich ist ja die Sachlage die, daß wir schon ganz besondere Gründe haben müßten, um es nicht zu thun. Es ist doch nicht etwa eine Begünstigung, um die wir uns bemühen, sondern ein Recht, das wir uns erworben haben. Auf dieses Recht sollen wir verzichten? Weshalb? Warum? Unser Recht wollen wir ausüben, und wahrlich — der Hofzeremonienmeister ist der letzte, der die Kraft hat, uns daran zu hindern. Man denke sich den Fall, wir hätten die Majorität im Reichstage, — sollten wir dann dennoch das Präsidium Andern überlassen, wenn damit eine Vorstellung bei Hofe verbunden ist? Das wäre eine bequeme Manier sich uns vom Halse zu halten.

Schon die Diskussion über die Eventualität einer sozialdemokratischen Vertretung im Reichstagspräsidium hat die Frage des Verhältnisses zwischen diesem und der Krone, das monarchische Prinzip und verwandte, nicht uninteressante Dinge zur Erörterung gebracht. Noch mehr Gelegenheit zu solchen Erörterungen wird unsere Anwesenheit im Präsidium darbieten. Das brauchen wir gerade. In der Auseinandersetzung zwischen dem sozialrevolutionären und dem monarchischen Prinzip ist es nicht das Erstere, das Schaden leidet.

Die Sozialdemokratie hat im Reichstagspräsidium wie überall rücksichtslos und furchtlos die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Darin liegt des Räthfels Lösung.

## Ein Rückblick auf die letzten Bürgerschaftswahlen.

Die diesjährigen Bürgerschaftswahlen fanden, genau so wie diejenigen im Jahre 1893, unter einem für uns verhältnismäßig recht ungünstigen Stern statt. Die wuchtige und umfassende Agitation bei der Reichstagswahl, der die Wahlen zur Bürgerschaft unmittelbar folgten, wirkte mit ihrer Anspannung aller Kräfte vielfach hemmend und hindernd. Wünschenswerth, — wünschenswerth sogar im allgemeinen Interesse — wäre es vielleicht gewesen, die Wahlen zum lübischen Parlament auf einen späteren Termin zu verlegen, um eine Kollision zu vermeiden. Allein dem stand die Verfassung entgegen, die sehr genau vorschreibt, wann die Bürgerschaftswahlen stattfinden müssen. Und von den vaterstädtischen Mandatären zu fordern, daß sie sich dann zu einer Verfassungsänderung hätten aufraffen sollen, wäre wahrlich zu viel von ihnen verlangt gewesen.

Allein trotz dieser für sie recht ungünstigen Begleitumstände darf die Sozialdemokratie Lübeds mit größter Befriedigung auf den Ausfall der Bürgerschaftswahlen zurückblicken. Zwar ist es ihr auch diesmal noch nicht möglich gewesen, auch nur einen ihrer Kandidaten als Fecht in den vaterstädtischen Rath zu setzen; aber in zwei Wahlbezirken ist es ihr gelungen, den Fuß auf die Schwelle zu setzen, die den Eingang zum Parlament bildet, und auch in den beiden anderen städtischen Wahlbezirken hat die Zahl unserer Stimmen immerhin nicht unbedeutend zugenommen. Ueberall ein Fortschritt, nirgends ein Stillstand oder gar Rückschritt! Wir haben wahrlich keine Ursache, unseren Erfolg größer darzustellen, als er in Wirklichkeit ist; wir haben aber auch auf der anderen Seite keine Veranlassung, den Erfolg etwa gar zu verkleinern. Was wir erreicht, aus eigener Kraft erreicht, wird schon dadurch allein in das hellste Licht gerückt, wenn wir nur daran erinnern, daß sich unsere Stimmenzahl so beträchtlich vermehrt hat, trotzdem die Zahl der Wähler seit 1901 sich kaum wesentlich vermehrt hatte!

Die Wahlbetheiligung war verhältnismäßig stark, wie auch immerhin noch lange nicht der letzte Mann an die Urne gebracht worden ist. Eine Gegenüberstellung der entsprechenden Prozentzahlen von 1901 und 1903 zeigt

am besten, wie sehr das Interesse an den Bürgerschaftswahlen wieder im Wachen begriffen ist. Es wählen von den Wahlberechtigten

	1901	1903
im Jakobi-Quartier	80 Proz.	87 Proz.
„ Marien-Magdalenen-Quartier	75 „	82 „
„ Marien-Quartier	76 „	86,5 „
„ Johannis-Quartier	72 „	81,8 „

Im Durchschnitt haben demnach über 84 Proz. aller wahlmündigen Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht gegenüber nur 75,7 Proz. bei den Wahlen 1901.

In welchem Verhältnis zur Wahlbetheiligung steht nun die von uns erzielte Stimmenzahl? Auf unsere Kandidaten entfielen — unter Zugrundelegung der geschlossenen für uns abgegebenen Stimmzettel —

	1901	1903
im Jakobi-Quartier	28,8 Proz.	41,7 Proz.
„ Marien-Magdal.-Quartier	31,46 „	48,3 „
„ Marien-Quartier	25,97 „	34,8 „
„ Johannis-Quartier	16,00 „	23,3 „

Jakobi- sowie Marien-Magdalenen-Quartier, insbesondere aber das letztere, haben sich besonders glänzend geschlagen, und die Eroberung dieser beiden Bezirke durch die Sozialdemokratie ist unter solchen Umständen nur noch eine Aufgabe der Wahlen im Jahre 1905. Auch das Marien-Quartier reißt je länger je mehr heran, um von den sozialdemokratischen Schmittlern geerntet zu werden, — falls nicht etwa die vaterstädtische Clique inzwischen noch einen Strich durch diese Rechnung macht, indem sie abermals das Wahlrecht zur Bürgerschaft gründlich verimpft. In dem Johannis-Quartier bietet sich dagegen auf absehbare Zeit keine Möglichkeit für die Sozialdemokratie, zum Siege zu gelangen. Hier ist der vaterstädtische Verein so mächtig und hier verfügt er noch über so starke Reserven, daß vorläufig noch jede Arbeit in diesem Wahlbezirk ein hoffnungsloses Beginnen ist, es sei denn, daß irgend ein unvorhergesehenes Ereigniß die vaterstädtischen Köpfe plötzlich erhellte.

Schon in der Berichterstattung über den Ausfall der Wahl im Marien-Quartier wiesen wir auf den stillstehenden und geradezu bedenklichen Zustand hin, daß man zum Wahlvorsteher in diesem Bezirk einen Mann erkürt hatte, der kraft seiner Stellung im bürgerlichen Leben einen weitreichenden Einfluß über Hunderte, gerade in diesem Bezirk ansehnliche Wahlbürger besitzt. Es ist höchst bezeichnend, daß kein einziges der bürgerlichen Blätter sich zu unserer Bedenken geäußert hat, weder ablehnend noch zustimmend. Das hält uns indessen nicht ab, heute nochmals darauf zurück zu kommen, weil uns der Vorgang denn doch gar zu wichtig erscheint. Wir wissen uns ganz gewiß von jeder persönlichen Voreingenommenheit gegen Herrn Geheimrath Drecht, der in Betracht kommt, frei, trauen ihm auch nicht zu, daß er so weit geht, um mit seinem Einfluß Mißbrauch zu treiben. Es ist aber menschlich — begreiflich, daß es für so manchen der Eichenbäuer-Wähler ein wahrer Horror war, seiner tiefinnersten Ueberzeugung gemäß zu wählen, als er seinen obersten Vorgesetzten als Wahlvorsteher am Tische sitzen sah. Es läßt sich nun einmal nicht abstreiten, daß unter solchen Umständen die wahre Gesinnung vieler Wähler gerade in diesem Bezirk nicht zum Ausdruck kommen konnte, und zwar um so weniger, als bei der Bürgerschaftswahl bekanntlich der Wahlvorsteher nicht einfach den gefalteten Stimmzettel in die Urne legt, sondern zuvor erst noch abstempeln muß, da nur abgestempelte Stimmzettel Gültigkeit besitzen. Die Kontrolle seitens des Wahlvorstehers ist also viel leichter. Kommt dann noch hinzu — wie es thatsächlich der Fall gewesen ist! — daß die Zettel irgend einer Partei einen nur wenig schärferen Druck aufweisen oder von Papier sind, das nur unwesentlich von dem des Gegners abweicht, so muß der Wahlvorsteher, ohne daß er sich absichtlich darum bemüht, ganz genau, wie jeder Wähler, der ihn interessiert, gestimmt hat. Herr Drecht ist sogar ehrlich genug gewesen, es einem unserer im Wahlbureau thätigen Genossen gegenüber offen auszusprechen, daß die Stimmzettel unserer Partei sehr leicht heraus zu kennen seien. Wir meinen nun, daß der Fall Veranlassung geben sollte, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht ratham erscheine, ähnlich dem Verfahren bei den Reichstagswahlen, auch bei den Bürgerschaftswahlen mittels Kouvets und Isolirraumes zu wählen. Einmal würde dadurch der geheime Charakter der Wahl weit stärker gewahrt, zum andern fiele auch die sicherlich recht lästige Abstempelung jedes einzelnen Stimmzettels durch den Wahlvorsteher fort. Die Einrichtung ist von den Reichstagswahlen her so wie so schon vorhanden, und von dem Ankauf der wenigen Tausend Wahlkouvets würde der lübische Staat noch nicht gleich pleite gehen. In den national-liberalen Zeitungen ist jetzt so viel von der „Wiederbelebtheit des Liberalismus“ die Rede sowie auch davon, daß man wieder mehr „demokratische“ Politik treiben wolle. Nun, hier liegt ein Fall vor, wo sich der national-liberale vaterstädtische Klüngel auch einmal von der vaterstädtischen Seite zeigen konnte: Größere Sicherung des Wahlgeheimnisses durch Wahlzettel und

Wahlkouverts thut dringend noth auch bei den Bürgerwahlen.

Die jüngsten Wahlen haben den Vaterstädtischen gezeigt, wie dicht wir ihnen schon auf den Fersen sitzen, und zweifellos werden sie nun in den nächsten Jahren alles Mögliche anstellen, um ihre Macht weiter zu befestigen. Die Vergangenheit hat uns gelehrt, daß sie dabei vor nichts zurückschrecken werden, um so mehr müssen daher auch wir unsere Anstrengungen verdoppeln, um alle Anschläge unserer Feinde zu nichte zu machen. Die vaterstädtische Beste muß gestürt werden. Dieses Ziel fest ins Auge gefaßt, laßt uns schon jetzt mit der Agitation für die Wahlen im Jahre 1905 beginnen; dann kann unser Sieg nicht ausbleiben!

## Politische Handjehau.

### Deutschland.

Der sächsische Ministerpräsident und die Reichstagswahlen. Auf dem soeben in Pirna abgehaltenen sächsischen Gemeindetage hat sich der leitende sächsische Staatsminister v. Meißner über die Lage nach den Reichstagswahlen ausgesprochen. Er nannte den Resultat der Wahlen ein „erschreckendes“. Ein Theil der Bevölkerung habe „irreleitenden Agitatoren folgend“, in einer Weise gewählt, die für alles öffentliche Leben gefährlich erscheinen müsse. Aber man dürfe den Muth nicht verlieren und müsse vorangehen für die Zukunft eingreifen. Es bestehe ein chronischer Zustand der Unzufriedenheit, aus der heraus viele sich bewegen gefunden hätten, regierungsfreundlich zu wählen. Da sei es Pflicht und Gewissenssache aller öffentlichen Gewalten in Stadt und Gemeinde, mitzubekämpfen, daß die Zustände wieder auf eine bessere Basis zurückgeführt würden. Wörtlich fuhr der Minister fort: „Hinsichtlich der wirtschaftlichen Fragen ist der Moment gekommen, wo die öffentlichen Gewalten zum Eingreifen verpflichtet sind. Wir wollen dort, wo wir anerkennen, daß verbesserungsfähige Zustände vorhanden sind, eingreifen. Wir wollen, wo wir erkennen, wir haben Fehler gemacht — und auch die Regierung hält sich nicht für insalutabel (unheilbar) —, eingreifen. Wir wollen bessere Zustände schaffen, unserem Volke die guten Fundamente erhalten. Wir wollen dafür sorgen, daß das große Sammelbecken der Unzufriedenheit, wenn auch nicht ganz, so doch etwas entleert wird und nicht noch einmal überflutet.“ — Daß die sächsische Regierung zu der Einsicht gelangt ist, mitverantwortlich für die gegenwärtige Lage zu sein, ist immerhin schon etwas.

### Bekenntnisse einer konservativen schönen Seele.

Der „Reichsbote“ spielt unter den konservativen Blättern öfters die Rolle des Schreckenskindes. Zwar bekunden auch „Kreuzzeitung“ und andere konservative Blätter ihre Abneigung gegen das Reichstags-Wahlrecht, aber der „Reichsbote“ sagt das, was ist, mit einer Deutlichkeit, für die wir ihm dankbar sind. Es ist nöthig, diese Zeugnisse des Jugranns gegen das gleiche Wahlrecht festzuhalten. Der „Reichsbote“ schreibt:

Das Reichstags-Wahlrecht hat außer den Demokraten, denen es auf den Leib zugeschnitten ist, wenig Freunde. Unter vier Augen räsonnirt alles über das unzulässige Wahlrecht, welches dem Höchstegebildeten das gleiche Wahlrecht giebt, wie dem klapudigen Tagelöhner und dem Manne, welcher tausend Arbeiter Arbeit und Brod giebt, nicht mehr Recht gewährt, als dem letzten seiner Arbeiter, so daß dem Unternehmer 100 Stimmen seiner Arbeiter gegenüberstehen. So wird die Masse zur Herrschaft berufen, die Masse, welche sich inerten läßt wie Leig, von den Agitatoren, die es verstehen, ihre Unzufriedenheit zu erregen und ihnen dann alles Mögliche und Unmögliches zu versprechen. Und diese Masse wird immer größer, weil alle die ehemals selbstständigen Handwerker, Kaufleute und kleinen Bauern, die vom kapitalistischen Großbetrieb zur Aufgabe ihres Geschäftes gezwungen, zu der Sozialdemokratie gehen, weil sie ja nun nichts Eigenes zu vertheidigen haben, nachdem sie von dem kapitalistischen Kollektivismus entzogen sind. Jedermann sieht ein, daß das zum Verderben gereicht und daß das allgemeine gleiche Wahlrecht der sozialistischen Demokratie die Waffen zum Siege und zur Verengung des Staates darreicht — aber man mag es nicht, das öffentlich auszusprechen, weil man sich fürchtet, als Reactionär verzeichnet und nicht mehr als Mann des Fortschritts und der Freiheit, wenn sie auch illusorisch von der Sozialdemokratie interpretirt und instrumentalisiert wird, angesehen zu werden. Obgleich man einseht, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht die Waffe ist, mit welcher die Sozialdemokratie Staat und Gesellschaft sich unterwerfen und unterwerfen wird, so ist der abergläubige Respekt vor dem demokratischen Phantom so groß, daß man es nicht mag, jene Meinung auszusprechen.

Aber die Zukunft in Staat und Kirche gehört doch nicht den demokratischen und sozialistischen Hindernissen, sondern den konservativen, welche die Bausteine der Wahrheit mitbringen. Bisher ist jedoch alles in den Wind geredet; aber wir erwarten es für unsere Ruhestätte, daß die Blindheit gegenüber ehrlich und offen die Wahrheit zu sagen und ihre ist: daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht das Unglück Deutschlands ist und daß die Nation noch vor das Gerüst. Oder gestellt wird: Entweder Reich und Staat und Gesellschaft — oder das allgemeine, gleiche Wahlrecht, die Revolution und Anarchie. Wir wissen deshalb auch einen Mann, des Herz von Sardinien, erglänzt, das Wort geben, der in einer klaren Sprache den Verfall des Reichs, das Reichstags-Wahlrecht ganz zu beseitigen und den Reichstag durch die Landtage wählen zu lassen, um auf diese Weise auch die Regierung zwischen dem Reich und den Einzelnen — Reichstag und Landtage — herzustellen, wie das auf der Regierungsebene auch im Bundesrat geschehen ist. In einer anderen klaren Sprache, die was zugeht, ist, mit des Proportional- und Plural-Wahlrechts, dem einzigen Mann 1 Wahlmann, dem, welcher ein Stimmrecht von einer bestimmten Höhe verleiht, 2 Stimmrecht giebt, was dann noch eine weitere Stimme bekommt, wenn der Mann eine Familie begründet hat, und noch eine, wenn er eine höhere Schulbildung besitzt, und vollendet eine weitere Stimme von 10 Jahren an. Eine Herabsetzung und gut gemacht, aber so lange die abergläubige Angst vor der Demokratie und der Sozialdemokratie herrscht, werden alle solche Vorschläge so gut wie der Wind, das allgemeine Wahlrecht von 25 auf

das 30. Lebensjahr zu verschieben und die Wahlpflicht einzuführen, pro nihilo sein. Wer jetzt nur laut von dem Unsin, der Ungerechtigkeit und revolutionären Verderblichkeit des Reichstags-Wahlrechts redet, obgleich es fast alle denken, der ist veremt. Wir fürchten uns nicht vor diesem Urtheil, weil wir wissen, daß das, was wir sagen, die Wahrheit ist und aus einem Herzen voll Patriotismus und Freiheitsliebe kommt.

Es wäre Zeitvergeudung, über den „Unsin“ der Rechtsgleichheit und den Sinn der Rechtsabkufung je nach Geburt und Besitz weitläufig mit dem „Reichsboten“ zu sprechen. Uns genügt die einfache Feststellung, daß nach dem Zeugniß des „Reichsboten“ die Konservativen ihre Wahrsamkeit und ihren Muth zeigen, indem sie „alle über das unsinnige Wahlrecht rasonniren“, aber nicht wagen, sich zu ihren Anschauungen offen zu bekennen; auch ein Bekenntniß konservativer Wahrheitsliebe. Thatsächlich haben die konservativen Reichstags-Kandidaten vor der Wahl jegliche Feindschaft gegen das bestehende Wahlrecht feierlich abgeschworen.

Gegen die Militärvorlage, von der die „Dresd. Neuezt. Nachr.“ kürzlich zu berichten wußten, nimmt das führende Zentrumblatt, die „Köln. Volksztg.“ sehr entschiedene Stellung. Sie sei technisch nicht begründet und finanziell unmöglich. Die Stellung der Zentrumsfaktion, wenn einmal eine solche Vorlage kommt, wird dadurch freilich nicht beeinträchtigt; denn erfahrungsmäßig zeigen sich zwischen Parteipresse und Fraktionspolitik nirgends häufiger „Unstimmigkeiten“ als beim Zentrum.

Prozeß Hüffener. Montag fand, wie angekündigt, vor dem Oberkriegsgericht in Kiel die Revisionsverhandlung gegen den Fähnrich zur See Hüffener statt, der s. Zt. in Essen den Artilleristen Hartmann erschloß. Die Beweisaufnahme ergab im Vergleich zur ersten Verhandlung keine wesentliche Aenderung des Thatsbestandes. Gegen 2 Uhr wurde bereits die Beweisaufnahme geschlossen. Der Ankläger beantragte abermals eine Zuchthausstrafe von 6 Jahren, der Verteidiger Freisprechung, da der Angeklagte nur die Disziplin habe anrecht erhalten wollen. Unter keinen Umständen dürfe auf eine entehrende Strafe erkannt werden. Das Gericht erkannte dahin, daß das Urtheil des Kriegsgerichts der I. Marine-Inspektion vom 26. Mai d. Js., soweit es den Angeklagten des Ungehorsams gegen einen Befehl in Dienstsachen für schuldig erklärt, mit den für dieses Vergehen und wegen Mißhandlung eines Untergebenen in idealer Konkurrenz verhängten Einzelstrafen und der Gesamtstrafe aufgehoben wird und der Angeklagte der vorschrifts-widrigen Behandlung eines Untergebenen für schuldig erklärt und wegen vorsätzlicher Mißhandlung eines Untergebenen mit tödtlichem Ausgange zu zwei Jahren 7 Tagen Festungshaft verurtheilt wird. 2 Monate und 7 Tage sind durch die Untersuchungshaft für verbüßt zu erachten. — Warum hat das Oberkriegsgericht den Mörder nicht gleich freigesprochen? Es kommt ja doch auf eins hinaus. Wie bereits aus Essen gemeldet wird, hat die milde Strafe dort große Entrüstung hervorgerufen.

Der sterbende Papst. Papst Leo liegt im Sterben. Der Dreundneunzigjährige wird, aller menschlichen Voraussicht nach, in den nächsten Stunden der Zeitlichkeit den Tribut entrichten. Eine Lungenentzündung hat den Körper des Greises gepackt, und die Ärzte rechnen das erlöschende Leben nur noch nach Minuten. Schon für Montag wurde sein Ableben erwartet; die zähe Natur hat jedoch noch einmal Widerstand geleistet. Allein die Schwäche des Patienten nimmt zu, und auch die Bulletin der Ärzte klingen hoffnungslos. Der Kranke ist diese Nacht mit der letzten Delung versehen worden. Die Zeiten sind vorüber, wo ein Personenwechsel des Oberhirten der katholischen Kirche die Welt erschütterte. Wohl ist die Kirche noch eine politische Macht, und diese ist uns so wenig zu unterschätzen, als sie noch viel-jährig in den breiten Volksmassen wurzelt. Allein die politischen Fragen der Gegenwart emancipieren sich mit Riesenschritten von ihrer kirchlich-romantischen Verbindung, und die Kirche sieht ihren Boden in den Massen entschwinden, um sich mit den Machthabern dieser Welt zu verbinden. Der sterbende Papst hat mehr als einen verzweifelten Versuch gemacht, um auch in den großen Fragen der Gegenwart die Hand im Spiele zu behalten und bei der allgemeinen Verwirrung mit einem Gewinn für seine Kirche herauszukommen. Seine Erwähnung über die Arbeiterfrage fiel in die Zeit, da man in Deutschen Reich die Arbeiterbewegung von oben zu kapitulieren versuchte. Wer spricht heute noch von dieser literarischen Leistung des „sozialen Friedenspappes“? Dagegen haben die letzten Verlautbarungen des Papstes den alten Geist des fanatischen Priesterhasses gegen die moderne Kultur, gegen freies Denken und künstlerisches Schaffen getrieben und gegen die ganze nichtkatholische Welt den Bannfluch des Mittelalters geschleudert. Es ist nicht viel mehr als eine hydropische Legende, wenn man Pius IX. als den freisinnigen Kriegspapst der ecclesia militans (streitbaren Kirche) und Leo XIII. als den veröhnlichen Friedenspapst bezeichnet. Die währende Kriegserklärung gegen die moderne Welt, gegen Wissenschaft und freies Geistesleben, gegen selbstständiges Denken und Forschen, der Syllabus, ist in der letzten Enciclica des „Friedenspappes“ ohne alle Abschwächung wiederholt worden, und wenn dieses Ereigniß weniger Lärm gemacht hat als bei seinem Vorgänger, so war darum, weil die jenseits gewordene Bourgeoisie den Kriegsjug gestilltlich überhört. Man darf sich nicht darüber täuschen: das Friedensbedürfniß ist mehr von der Bourgeoisie und dem Liberalismus ausgegangen, als von den kirchlichen Gewalten. Die veränderte gesellschaftliche Struktur hat den Kulturkampf begraben, die Legende vom Friedenspapst geschaffen. Dieser Tage erst gab die „Kreuzzeitung“ die Parole aus, angeführt des Papstfalls in Deutschland den Streit zwischen Wittenberg und Rom zu begraben und sich zum Kampf wider den Unsin zu verpflichten. Für die päpstliche Auffassung ist der Protestantismus nach wie vor eine Häresie (Ketzeri), die mit Feuer und Schwert zu vertilgen ist. Man braucht sich darum auch nicht den Kopf über den Raubvogel Leo XIII. zu zerbrechen. Rom wird von seinen Ansprüchen kein Zülfchen preisgeben; allein die Gewalthaber der Gegenwart werden ihren Frieden mit Rom suchen. Es giebt nur eine Kraft auf Erden, die den Kampf um die moderne Kultur gegen das Mittelalter aufzuheben und durchzuführen wird, das ist der Sozialismus.

Die Gerichte erhalten Arbeit. Die Ermittlungen wegen der Wahltramelle in Laurahütte sind

abgeklafft sind, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, soweit abgeschlossen, daß schon in nächster Zeit die Anklage gegen Landfriedensbruch erhoben werden wird. Wegen des Laurahütter Krawalls werden gegen fünfzig, wegen des Zabrzer Krawalls etwa zwanzig Personen unter Anklage gestellt. Beide Sachen werden in außerordentlichen Schwurgerichtsperioden in Deuthen bezw. Gleiwitz zur Verhandlung gelangen.

Wie man Klame macht. Zu der Notiz der „Zukunft“, die auch wir übernommen hatten — es handelte sich um die Behauptung eines Klamebureaus Kämpf, die „Vossische Ztg.“ bringe nur seine von den Ausstellern bezahlten Besprechungen über die Dresdener Städteausstellung — schreibt die „Voss. Ztg.“:

Redaktion, Expedition und Verlag kennen weder einen Dr. Kämpf noch einen Ch. Roth noch ihr „Institut“, geschweige, daß sie ihnen irgend welche Zusagen über Besprechungen der Dresdener Ausstellung gemacht oder ihnen die Aufnahme irgend welcher Berichte zugesagt hätten. Die „Vossische Zeitung“ hat zur Eröffnung der Dresdener Ausstellung einen ihrer ständigen Mitarbeiter entsandt und einen ausführlichen Bericht aus dessen Feder veröffentlicht; sie hat an demselben 13. Juni, an dem jenes „Zirkular“ vertheilt worden ist, ein umfassendes Feuilleton über die Ausstellung gebracht, das von einem ihrer Dresdener Mitarbeiter, Herrn Dr. Johannes Klein-paul, verfaßt und unterzeichnet ist. Die Unterstellung, die „Vossische Zeitung“ nehme Berichte oder Besprechungen gegen Bezahlung auf, ist so abgeschmackt, daß sie nicht uns, sondern nur ihre Urheber belastet. Wir haben mit dem Dr. Kämpf Ch. Roth, dem „Institut für Klame und Propaganda“ nichts zu schaffen, und geben denjenigen Ausstellern, bei denen der Humpbug versucht worden sein sollte, anheim, sich an die Staatsanwaltschaft zu wenden.

Demnach scheint der Name der „Voss. Ztg.“ in dieser schmutzigen Angelegenheit mißbraucht zu sein.

Kleine politische Nachrichten. Auf dem Grabe des bei dem Wahlkrawall am 21. v. Ms. in Laurahütte gefallenen Werftarbeiters Traskalk legten nach der „Schlei. Volksztg.“ der polnische Arzt Dr. Steski und der Abg. Korfanty einen Kranz nieder. Eine Schleife enthielt die Widmung „Unserem Stammesgenossen“ und das Datum des 21. Juni. Hunderte von Personen suchten das Grab auf, bis der Amtsvorsteher die Schleife vom Kranz durch Polizeibeamte entfernen ließ. — Eine in Meß abgehaltene öffentliche Vertrauensmännerversammlung beschloß, einen Zentrumsverein für Lothringen ins Leben zu rufen. Die definitive Entscheidung hierüber soll in vierzehn Tagen in einer öffentlichen Versammlung in Metz erfolgen. — Das Gericht in Agram verurtheilte den Warrer und den Kaplan aus Grubisnopolje, die sog. auführerische Proklamationen vertheilt hatten, zu je sechs Monaten schwerenerkers. — Bei der Wahl zum Senat in Epinal wurde Meline, der französische Miquel, gegen den Radikalen gewählt. — Die serbische Regierung beschloß, den griechischen Peter- und Paulstag, d. i. der 29. Juni alten Stils, an welchem Tage König Peter geboren ist und seinen Namenstag feiert, zum Landesfesttag zu bestimmen. — Eine Ministerkrisis ist jetzt auch in Japan ausgebrochen. Wie dem Reuterschen Bureau aus Yokohama berichtet wird, verläutet dort, der Premierminister Bicomie Katfura habe seine Entlassung gegeben. Als Grund wird die Schwierigkeit angegeben, den für das nächste Budget bestehenden Finanzprojekten gerecht zu werden.

### Schweden.

15 000 Arbeiter angeperrt. Der Fabrikantenverein sperrte Montag wegen Lohnstreitigkeiten in einer Gießerei sämtliche in den zu dem Fabrikantenvereine gehörenden schwedischen Gießereien und mechanischen Werkstätten beschäftigten Arbeiter aus. Von der Aussperrung werden geschätzt 15 000 Arbeiter betroffen. (Wir haben über die Vorgeschichte dieser Aussperrung bereits mehrfach berichtet. Red.)

### Oesterreich-Ungarn.

Eine Protestversammlung der Sozialdemokraten gegen die Politik des neuen Ministerpräsidenten Khuen-Hedervary hat am Sonntag in Budapest stattgefunden. Der zur Demonstration auffordernde Aufruf enthält die schärfsten Ausfälle gegen Khuen, der als Feind des Rechtes und Feind der Freiheit bezeichnet wurde. Die Polizei hatte Nachts diese Aufrufe auf den Straßen abgerissen. Wegen dieser Verletzung der freien Meinungsäußerung wurde am Sonnabend im Abgeordnetenhause vor der Tagesordnung interpellirt. Der Ministerpräsident sagte, er habe keine Kenntniß von dieser Verfügung und werde die strengste Untersuchung einleiten. Die Versammlung selbst verließ bei starker Theilnahme — äußerlich ruhig. Abends fanden große Demonstrationen gegen Franz Kossuth vor dessen Wohnung statt. Mehrere tausend Personen veranstalteten Rufenmusik und zogen dann unter fortwährenden Beschimpfungen auf Franz Kossuth und den Grafen Khuen zum Klublokal der Kossuthpartei, wo eine große Polizeimacht blatt zog und die Menge mit Säbeln attackirte. Mehrere Demonstranten wurden verundet und viele verhaftet.

Bergarbeiterstreik. In den Kohlenruben zu Annabögh sind 1200, zu Ujborog 160 Arbeiter, welche Lohn-erhöhung fordern, in den Ausstand getreten.

### Italien.

Die große Aussperrung im Genueser Kohlen-hafen ist, einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ zufolge, beendet. Montag wurde die Arbeit nach den Anordnungen des Hafenkonfortiums wieder aufgenommen.

### Frankreich.

Streik-Murken. Aus Clermont-Ferrand wird gemeldet: Der Straßenbahner-Streit veranlaßte Sonntag tumultuöse Zwischenfälle. Die Straßenbahn-Gesellschaft, die eine große Anzahl fremder Arbeiter engagirt hatte, ließ mehrere Wagen unter polizeilicher Bedeckung abfahren; die Streikenden griffen die Wagen an und zertrümmerten die Fenstercheiben. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Schließlich mußte infolge der Haltung der Bevölkerung der Dienst gänzlich eingestellt werden.

### England.

Eine Wendung in der Subventionspolitik. Chamberlain hat jetzt die Wege der englischen Politik. In einem Tage erklärt Chamberlain, Subventionspolitik

felen nötig, am nächsten Tage beantragt und erreicht die Regierung die Abschaffung des schon bestehenden Korngolles. Und während es so ausfiel, als ob in der Zollkammer immer mehr Mitglieder des Kabinetts zu den schützöllnerischen Ansichten des Kolonialsekretärs hinübergezogen werden, thut dieselbe Regierung wieder einen Schritt in der entgegengesetzten Richtung. Im Unterhause hat am Donnerstag Arnold-Forsiter, Sekretär der Admiralität, eine Erklärung von höchster Bedeutung auch für unsere Schiffsbaukreise abgegeben. Es handelte sich um die Zumbendigung von je 2800 Pfund Subvention, die der White Star und der Cunard Linie gezahlt werden sollen. Als sich Stimmen gegen diese Forderung erhoben, erklärte Arnold-Forsiter im Namen der Admiralität, es handle sich nur noch um die Bewilligung für kurze Zeit, da die Admiralität entschlossen sei, die Politik der Subventionen fallen zu lassen und die Verträge mit den Schiffsgesellschaften zu kündigen. An diese Erklärung knüpfte sich eine kurze lebhaftige Diskussion. Ein Abgeordneter wollte darin nicht ganz mit Unrecht das Zugeständnis erblicken, daß das Geld, welches man bisher an Subsidien bezahlt habe, verschwendet worden sei. Der Vertreter der Admiralität meinte, auch zukünftig werde man vielleicht noch Subsidien für im Kriege besonders verwendbare, z. B. sehr schnelle Schiffe zahlen; die regelmäßige Subventionierung von Hilfskreuzern jedoch solle aufgegeben werden.

#### Bereinigte Staaten.

**Vom Rassenkriegschauplatz.** Infolge davon, daß ein Neger, Namens Brown, einen Polizisten erschoss, kam es, dem „Samb. Corr.“ zufolge, in Evansville (Indiana) zu förmlichen Kämpfen. Die Neger plünderten die Waffenläden, wobei zwei von ihnen erschossen und eine Anzahl verwundet wurden. Die Weißen stürzten das Gefängnis, um Brown zu lynchen, der aber rechtzeitig nach Vincennes gebracht worden war. Die Unruhen und das Schießen dauerten die ganze Nacht an. Der Böbel schickte dem Wagen mit den verhafteten Negern Hunderte von Schüssen nach. Der Gouverneur von Indiana hat die Miliz einberufen. Ein Hotel wurde geschlossen, da die farbige Bedienung geflohen ist.

**Der große Unstand der Bauarbeiter in New York** ist durch einen Vergleich auf der Grundlage gegenseitiger Zugeständnisse beendet worden.

#### China.

**Die Aussichten des Sozialismus in China** behandelt ein Artikel der „International Socialist Review“. Ein chinesischer Gelehrter, Lennong-Kai-Kiu, gab in einem Interview, das er mit einem Redakteur des oben genannten Blattes hatte, darüber etwa folgendes an: Der Sozialismus sei in China durchaus nicht unbekannt. Berichte über die sozialistische Bewegung in Europa und Australien würden in China regelmäßig empfangen und gelesen. Er, Lennong, selbst habe in seiner Zeitung, die in einer Auflage von 30 000 erscheine und in allen Theilen des Landes Leser habe, schon verschiedene kurze Abhandlungen aus Marx' Schriften veröffentlicht. Marx' Werk „Das Kapital“ sei in der Uebersetzung begriffen und werde noch in diesem Jahre in chinesischer Sprache erscheinen. Lennong hat schon mehrere Bücher über den Sozialismus herausgegeben; das eine führt den Titel „Der Sozialismus unter den Chinesen und anderen asiatischen Rassen“ und ist eine vergleichende Abhandlung über die Lehren von Marx mit denen von Confucius, Mencius und anderen chinesischen Gelehrten. Weitere Anregungen kämen von Japan, wo der Sozialismus schon mehr Fortschritte gemacht habe, nach China, namentlich nach den Hafenplätzen. Die Bewegung der chinesischen Reformen habe den Zweck, den gegenwärtigen Despotismus zu beseitigen und ein demokratisches Regiment mit Parlamentarismus aufzurichten. Erst dann könne an eine energische Agitation für den Sozialismus gedacht werden, er selbst würde, sobald eine konstitutionelle Regierung geschaffen, an die Organisation einer sozialistischen Partei in China herantreten.

### Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 7. Juli 1903.

Der Sozialdemokratische Verein wählte in seiner gestrigen Mitgliederversammlung den Genossen Georg Lorenz zum Voten. Die Abrechnung von der Maifeyer ergab bei einer Einnahme von 1284,65 Mk. und einer Ausgabe von 865 Mk. einen Ueberschuß von 419,65 Mk. Nach einem Vortrage des Genossen Stellung über „Ausalter Zeit“ erklärte sich die Versammlung, einem Schreiben des Komitees des Gewerkschaftsausschusses entsprechend, damit einverstanden, daß beim diesjährigen Gewerkschaftsausschuß die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins sich ihren Gewerkschaften anzuschließen haben.

Die Genossen, die bei der Reichstagswahl in Dreilützow (Mecklenburg) thätig gewesen sind, werden vom Genossen Bartels ersucht, ihm schleunigst das verlorene Material zuzustellen.

Eine Müllererversammlung, die Sonnabend im Vereinshaus“ sagte, beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Entlassung eines zur Anstaltsverwaltung angestellten Müllers auf der Mühle der Genossenschaftsbäckerei. Derselbe war der Meinung, daß er zu Unrecht entlassen sei, während ein später auf der Mühle in Arbeit getretener ihm gegenüber bevorzugt worden wäre. Die Ansichten der Diskussionsredner über diesen Punkt waren verschiedene. Es wurde schließlich eine geheime Abstimmung darüber herbeigeführt, ob die Entlassung zu Recht erfolgt sei oder nicht. Dieselbe ergab mit über zweidrittel Stimmen Majorität, daß die Entlassung nicht zu bemängeln sei.

Zur Warnung möge ein Vorfall dienen, der sich kürzlich im Kreise Leer ereignete. Dort wollte sich ein Zimmermann dadurch eine Unfallrente erschwindeln, daß er eine geringfügige Wunde, die er bei einem Unfall erlitten hatte, absichtlich wesentlich verschlimmerte. Auf Veranlassung der Berufsgenossenschaft hatte die Sache noch ein gerichtliches Nachspiel. Die Strafkammer in Aurich verurtheilte den Zimmermann wegen dieser Schwindelerei zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten.

**Etwas von den „Nörten“ Tazameter.** Die „Lüb. Anz.“ lassen fast keinen Tag verstreichen, um die Tazameter über den Schellendaus zu loben. In der Sonntagsummer ziehen sie nun einen Vergleich zwischen dem alten Graad und den Tazametern. Der Vergleich hinkt jedoch, denn, wie uns Augenzeugen berichten, konnte am Sonntag eine Tazameterdrohne mit dem besten Willen nicht zum Goldenthor hinaus kommen, weil das Pferd einfach von der Hitze total ermattet war. Ein anderer Tazameter konnte infolge der kolossalen Ermüdung des Thieres kaum

die Garstraße herunterkommen, der Wagen mußte mehrere Male anhalten, damit sich das Thier verschauen konnte. Hier wäre der Braad'sche Ausspruch am Platze gewesen: „Ja, mein leere Mann, wenn Sie kein Lied heben, warum führen Sie denn? Denn gahn Sie man lewer to Fot!“ Der Unterschied ist nur der, daß der alte Braad, wie männiglich bekannt, sich mit seinem jeweiligen Gaul — es war nur immer ein Schlachthier — kümmerlich durchs Leben schlagen mußte, was doch bei dem Besitzer der Tazameter, Herrn Meiners, der über ein großes Pferdmaterial verfügt, nicht zutrifft. — Solche Vergleiche, wie der oben zitierte, sollte man also lieber unterlassen, fintelmalen der Zweck derselben doch klar zu Tage tritt.

**Anzeigepflichtige Krankheiten** gelangten im verfloßenen Monat zur Anzeige: 31 Fälle an Diphtherie, 1 an Masern, 40 (darunter ein tödtlich verlaufener Fall) an Scharlach, und 16 (darunter 2 Todesfälle) an Typhus. Wie man hieraus ersehen, haben Scharlach und Diphtherie im Juni ziemlich stark gewüthet.

Die Stelle eines Maschinisten ist bei der hiesigen Berufsfeuerwehr zu besetzen. Das pensionsfähige Gehalt beginnt mit 1400 Mark und steigt bis zu 1800 Mark. Bewerber, die möglichst das 30. Lebensjahr nicht überschritten haben, Soldat gewesen und als Maschinenschloffer und Maschinist ausgebildet sind, haben sich unter Einreichung eines kurzen Lebenslaufes und ihrer Zeugnisse schriftlich beim Branddirektor Deditius zu melden.

**Zusammenstellung der Einnahmen an Staatssteuern und Abgaben im verfloßenen Monat.** Es gingen ein an Einkommensteuer 28 674,39 Mark, Erbschaftsteuer 6050,83 Mark, Verbrauchsteuer 24 842,38 Mark, Stempelabgaben 8171,45 Mark, Schiffsabgaben 55 427,16 Mark, zusammen 123 166,21 Mark gegen 110 000 Mark im gleichen Monat des vorhergehenden Jahres. Hier ist demnach ein in der Hauptsache auf die Mehreinnahme an Schiffsabgaben zurückzuführenes Mehr von 13 166,21 Mark zu verzeichnen. In der Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1903 gingen insgesamt 869 041,03 Mark gegen 635 823,08 Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres, demnach 233 217,95 Mark mehr, ein. Von diesen Mehreinnahmen sind allein über 130 000 Mark auf den Zuschlag zur Einkommensteuer zurückzuführen.

**Handelsregister.** Am 4. Juli 1903 ist eingetragen: 1. bei der Firma Hermann Baabe in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 2. bei der Firma Hans Dittmann, C. Harz Nachf. in Lübeck: Die Firma lautet jetzt Hans Dittmann; 3. bei der Firma Dito Schweidler in Lübeck: Die dem Ch. H. C. Stapelfeld in Lübeck erteilte Procura ist erloschen.

**Kleine polizeiliche Nachrichten.** Festgenommen wurde ein Schneidergeselle aus Minden, der seitens der königlichen Staatsanwaltschaft in Kassel wegen Unterschlagung stiefbrieflich verfolgt wird. — Desgleichen wurde ein Malergeselle aus Schwerin, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft gesucht wird, festgenommen.

**Travemünde.** Mit dem Tode hat ein Arbeiter eine leichtsinnige Wette bezahlen müssen. Derselbe hatte gestern Vormittag gewettet, daß er nach dem Genuß einer Flasche Kümmel noch die Trave hinüber und wieder zurück schwimmen könne. Beim Schwimmen ist er dann jedenfalls vom Herzschlage ereilt worden und ertrunken. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Beim Auspacken eines Koffers entlud sich in Hamburg ein geladener Revolver. Die Kugel ging einer eben erst von der Hochzeit zurückgekehrten Frau in den Kopf. Die Verletzung ist lebensgefährlich. — Eine in Hamburg wohnhafte Frau bediente sich des Petroleum zum Feueranmachen. Dabei explodirte die Kanne und das Petroleum ergoß sich über den Körper der nur nachbützig bekleideten Frau. Die Unglückliche hatte so schwere Brandwunden davongetragen, daß sie nach zwei Stunden durch den Tod von ihren Qualen erlöst wurde. — Die Hinrichtung des Raubmörders Speck in Altona, die nach der „E.-Z.“ bereits gestern Morgen erfolgt sein sollte, hat noch nicht stattgefunden, sondern ist aus irgend einem Grunde verschoben worden. Sie soll Dienstag früh stattfinden. — Durch leichtfertigen Umgang mit einem alten Gewehr entstand nach der „Kieler Ztg.“ in Bornbroof ein bedauerlicher Unglücksfall. Der 11-jährige Sohn eines Rätchens hatte das von dem Vater zum Abschießen von Vögeln gebrauchte und auf den Herd gelegte Gewehr in die Hand genommen. Das Gewehr war geladen, es entlud sich und der Schuß drang dem 10-jährigen Sohn, der gerade seinen Geburtstag feierte, in den Kopf. Der Kopf wurde zertrümmert. Der Tod trat auf der Stelle ein. — Sonntag Abend fuhr fünf junge Leute von Wismar aus mit einem Boote in die Bucht hinaus bis hinter Wendorf, um hier zu baden. Da sie des Schwimmens untüchtig waren, fuhr sie so nahe ans Land, daß sie ihrer Meinung nach auf genügend flachem Wasser sich befanden. Als nun die Barbierlehrlinge Drowes und Ahrens ins Wasser sprangen, fanden sie nicht den erhofften Grund, sondern gingen unter und ertranken vor den Augen ihrer Freunde, die vergebens zu helfen suchten. — Beim Theeren seines Daches fand der Gäusler Ubag in Gadebusch durch Abhürzen seinen Tod. — Beim Baden ertrank in Heberstorf bei Warin der Gutsgärtner Holt.

**Hamburg.** Zur Lohnbewegung im Baugewerbe. Der Vierstädtebund der Baugewerksinnung hielt am Sonnabend eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Nach der Berichterstattung des Obermeisters Lummert und den Berichten der von der Ausscherrung betroffenen Meister wurde in der Diskussion das Für und Wider einer allgemeinen Aussperrung vor den Meistern erörtert. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 4. Juli im Innungslocale tagende Versammlung der Baugewerksinnung der Bauhütte zu Hamburg“ ist überzeugt, daß gegen die von den Gesellen verhängten Ausperrungen nur die Entlassung sämtlicher Gesellen einen sichereren Erfolg bietet. Andererseits ist sich die Versammlung aber auch voll bewußt, daß eine solche Maßnahme nicht allein für die wirtschaftliche Schädigung bedeutet, sondern auch weitere Kreise schädigt und in Mitleidenschaft zieht. Um nun letzteres möglichst zu vermeiden und zu verhüten, daß weitgehende und folgenschwere Beschlüsse in dieser Angelegenheit gefaßt und zur Durchführung gebracht werden, ermächtigt die heute tagende Versammlung ihren Vorstand, sobald die Gesellen die bestehenden Sperrungen aufheben und keine neuen Sperrungen in derselben Angelegenheit zu verhängen versprechen, öffentlich und bündig zu erklären, daß unersetzlich ab 16. März 1904 eine neunstündige Arbeitszeit und 70 Pfg. Stundenlohn bewilligt sind. Dieser Beschluß ist rechtskräftig, sobald von den Innungen des Vierstädtebundes die Einwilligung erfolgt ist.“ Den in Betracht kommenden Streitigkeiten ist hier von bisher noch keine offizielle Mittheilung gemacht worden, jedoch also die Lage unverändert ist. — Die Bauarbeiter beschloßen, nunmehr ebenfalls den Kampf um den Reinstundentag und 70 resp. 55 Pfg.

Stundenlohn wieder aufzunehmen. Dieselben sind bereits gestern in den Ausstand getreten.

**Neudöbburg.** Eine Kriegsgeschichtsverhandlung, der schwere Mißhandlungen eines Untergebenen bezw. Kameraden zu Grunde liegen, wurde hier am Sonnabend abgehalten. Der Gemißhandelte ist der Artillerist Holm aus Nordfriesland, der infolge der Mißhandlungen wiederholt jahreslang in der Irrenanstalt in Schleswig befindet. Angeklagt sind außer 4 Gemeinen, Söhne angesehener Landwirthe aus der Umgegend, noch mehrere Chargirte und der Batteriechef Hauptmann Henning, der bereits seit mehreren Wochen vom Dienst suspendirt ist. Der Letztere sollte sich schon am Donnerstag verantworten; die Verhandlung wurde jedoch ausgesetzt. Sonnabend saßen nun die Gemeinen Frhm, Stark, Meinke und Selk II wegen Meineids auf der Anklagebank. Die Angeklagten sind außer Stark unbescholtene Leute, die als Freiwillige eingetreten waren. Stark ist mit 8 Monaten wegen Sittlichkeitsverbrechens vorbestraft. Die Verhandlung wirft wieder ein großes Licht auf die Grausamkeiten, welchen die Söhne des Volkes häufig unter der Fuchtel des Kadavergehorams ausgesetzt sind. In der 1. Batterie des Artillerieregiments Nr. 45 scheint in dieser Beziehung verschiedenes geleistet worden zu sein. Neben den Angeklagten war auch der Artillerist Holm im Herbst v. J. bei dieser Batterie eingetreten. Holm ist insbesondere das Opfer von Mißhandlungen geworden. Wegen der Mißhandlungen Holms sind die vier Angeklagten von dem Untersuchungsrichter eisdlich vernommen worden und haben, außer Selk II, erklärt, von Mißhandlungen weder etwas gehört noch gesehen zu haben. Selk II hat ausgesagt, er habe gesehen, wie Holm geschlagen worden sei, jedoch könne er nicht sagen, wer geschlagen habe; er blieb auch bei dieser Aussage. Frhm, Stark und Meinke haben zwei Tage nach ihrer eidlichen Vernehmung aus eigenem Antriebe zu Protokoll gegeben, daß sie die Unwahrheit gesagt haben. Sie erklärten im Termin sämmtlich, erst in der Zweiganzzeit sich auf die Mißhandlungen besonnen zu haben. Sergeant Kühl, der als Futtermeister funktionierte, habe mit mehreren Kanonieren den Holm häufig mit der Reitpeitsche und mit dem Gurt geschlagen. Holm habe schon geschrieben, wenn die Peiniger eine drohende Haltung eingenommen haben. Der suspendirte Hauptmann und Batteriechef Henning äußerte sich über den Charakter der Angeklagten. Als der Zeuge Kanonier Wallgreen aufgerufen wurde, beantragte der Anklagevertreter die Entfernung des Hauptmanns Henning aus dem Gerichtssaal. Als der Verhandlungsleiter dem Herrn den Beschluß mittheilte, meinte er lakonisch: der Herr (Wallgreen) habe ihn belogen. Zeuge Wallgreen befuhrte, er habe den Holm mindestens hundertmal mißhandelt. Nach den Gründen befragt, folgte die prompte Antwort: der Hauptmann habe ihm den Befehl dazu gegeben. Eine ganze Reihe von Kanonieren befuhrte gleichfalls die Mißhandlungen, der Sergeant Kühl wurde immer als die Seele dieser Schinderei bezeichnet. Zeuge Kanonier Brakau befuhrte, daß Holm in der barbarischsten Weise behandelt worden sei. Sergeant Kühl habe den Holm mit den Fußspitzen vor den Leib, auf die Beine und ins Gesicht getreten. Er selbst sei von Kühl mindestens 20 Mal in dieser Weise mißhandelt worden. (Dieser Zeuge befindet sich z. Bt. wegen chronischer Blinddarmentzündung und Nervenzerrüttung im Lazareth. D. Red.) Sämmtliche Zeugen waren der Meinung, daß die vier Angeklagten die Mißhandlungen des Holm gesehen haben müssen. Nachdem noch einige Landleute und die Väter der Angeklagten über deren Charaktere sich geäußert, wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Der Anklagevertreter beantragte gegen Selk II 3 Jahre Zuchthaus, gegen die übrigen Angeklagten 1½ Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen. Die Angeklagten Frhm, Stark und Meinke wurden zu einem Jahre Gefängnis, einjährigem Ehrverlust und Verlesung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurtheilt. Selk wurde freigesprochen. Die Verhandlungen gegen Sergeant Kühl, sowie gegen den Hauptmann werden in den nächsten Tagen stattfinden. Der Vater des in der Irrenanstalt befindlichen Holm soll außerdem die Zivilklage auf Entschädigung anhängig machen wollen.

**Batum.** Die Festlichkeiten anlässlich des dreihundertjährigen Bestehens der Stadt nahmen am Sonnabend Vormittag ihren Anfang. Sie dauern eine Woche. Die Stadt prangt im Festkleide und in reichem Flaggenschmuck. Kein Haus in den Feststraßen ist ohne Fahnen, Wimpel und Lannengewinde. Sonnabend Vormittag wurde die nordfriessche Kunstausstellung eröffnet. Gymnasiallehrer Hof hielt die Eröffnungsrede, worauf Kunstmalers Jessen-Deebuell, der Altmeister der schleswighischen Künstler, eine Ansprache hielt. Er warf in dieser einen Rückblick über die Entwicklung der friesischen Malerei und übergab dann die Ausstellung Namens des Komitees der Stadt. Die Ausstellung giebt zum ersten Mal in einer Auswahl vorzüglicher Werke ein Bild der friesischen Kunst. Mit der Eröffnung der Bundesstadt Althuisum im Jahre 1603 begann Althuis das Heimathfest.

**Rostock.** Die Geldenthalten eines mecklenburgischen Agrariers, deren Schauplatz ein Konzerthaus in der Gafferstraße in Berlin war, beschäftigten das dortige Schöffengericht. Der Gutsbesitzer Düßler aus Mecklenburg war im Februar dieses Jahres nach Berlin gekommen, hatte hier einige befreundete Studenten aufgesucht und mit ihnen eine Bierreise unternommen. Die Gesellschaft war bereits in ziemlich animirter Stimmung, als sie das erwähnte Lokal betrat, in dem eine aus drei Damen und zwei Herren bestehende Kapelle konzertierte. Das Podium, auf dem die Kapelle saß, befand sich neben der Eingangstür. Die vier Herren betrugten sich so, daß sie vom Wirth aufgefordert wurden, das Lokal zu verlassen. Sie folgten der Aufforderung. Aber glatt sollte es doch nicht abgehen. Dicht neben der Thür stand auf dem Podium die Dame, die dem Wirth brummende Töne entlockte. Als einer der vier Herren an ihr vorüberging, attakirte er sie, so daß ihr der Eszen entfiel. Die Harmonie war dadurch völlig gestört. Buffetier und Wirth eilten hinzu und es kam zu einer Schlägerei. Der Buffetier erhielt dabei von dem Mecklenburger Gutsbesitzer einen heftigen Stoßschlag über den Kopf, den zweiten Schlag fing er auf und entriß dem Angreifer den Stock. Dann wurden die vier zum Lokal hinausgeschoben. Für den Gutsbesitzer hatte dies kleine Ereigniß noch ein Nachspiel vor dem Schöffengericht, vor dem er sich wegen Beleidigung und Körperverletzung zu verantworten hatte. Der Angeklagte bestritt nicht, daß er dem Buffetier den Schlag mit dem Stock gegeben habe, er habe aber vorher — von wem, wisse er nicht — einen Faustschlag gegen das Auge erhalten und da habe er, von Wuth entbrannt, einem seiner Freunde den Stock aus der Hand genommen und damit blindlings um sich geschlagen. Mit Entschiedenheit stellte er im Abrede, daß er derjenige gewesen sei, der sich gegen die Kapistin vergangen habe, das sei vielmehr einer seiner

Freunde gemessen, dessen Adresse er angab und der gewiß so viel Wahrheitsliebe besitzen würde, dies einzuräumen, wenn er geladen würde. Er selbst habe sich an einen Schularium gewendet, sich durch einen Scheidbuch ausgewiesen und den Beamten erlucht, ihm zur Wiedererlangung des Stockes behilflich zu sein. Es wurden vier Zeugen vernommen, die mit aller Bestimmtheit bezeugten, daß sie den Angeklagten zweifellos wiedererkannt; er sei derjenige gewesen, der die Bassistin der geschiederten Weise beleidigt habe. Der Gerichtshof kam zu einem verurteilenden Erkenntnis. Der Angeklagte wurde mit einer Geldstrafe von 60 Mark belegt. Er will vor der Berufungsstrafkammer einen umfassenden Entlastungsbeweis antreten.

**Gürtow.** Wegen Brandstiftung — er hatte in der Nacht zum 21. Mai das Haus des Zahntechnikers Theel in Möbel vorfälschlich und in Gemeinschaft mit dem inzwischen im Gefängnis durch Selbstmord geendeten Theel angezündet — erhielt der Arbeiter Marx aus Möbel vom Schwurgericht 2 1/2 Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

**Neue Nachrichten**

**Oppeln.** Jugendliger Mörder. Die Strafammer verurteilte den 17jährigen Inassen der Zwangserziehungs-Anstalt Paul Scholz zu 15 Jahren Gefängnis, weil er die Anstaltslehrerin ermordet und beraubt hatte. Bei der Begründung des Urtheils führte der Vorsitzende aus, daß leider die Gesetzgebung eine höhere Strafe nicht zulasse.

**Berlin.** Im Streit erstach nachts im Borort Britz der Glaser Kosolowsky den Barbier Vogel. Der Thäter wurde verhaftet.

**Halle a. S.** Familiendrama. Im nahen Tornau erschöß Montag der Händler Weiffer seinen Sohn, der die Mutter vor Mißhandlung schützen wollte, und verletzte dann aus Neue sich selbst schwer. — Bei Deligisch tödtete ein Zigeunerhauptmann auf der Straße seinen Schwiegerjohn, der einer anderen Bande angehörte und ihm Geld schuldete, durch Beilohbe.

**Münster i. W.** Ein Großfeuer zerstörte im benachbarten Nischeberg 7 Wohnhäuser, die Apotheke und vier Nebengebäude. Ein Feuerwehr wurde verletzt.

**Kassel.** Vom Blitze erschlagen wurde ein Arbeiter, der sich auf dem Wege nach Ochshausen befand. Der Getödtete hinterläßt Frau und vier unmündige Kinder.

**Basel.** Ein fürchterliches Hagelwetter ging Sonntag Nachmittag über Rheinfelden nieder. Die Körner seien eigroß; die Ernte ist vollständig vernichtet.

**Paris.** Luftschifferunglück. Santos Dumont unternahm Sonntag von Auteuil einen Aufstieg. Während der Fahrt gerieth der Motor in Brand. Dumont vermochte jedoch das Feuer zu löschen, das Luftschiff auf ein Boot in der Seine herabzulassen und nach einem Schuppen zu bringen.

**London.** Drei Damen ertrunken. In dem kleinen Badeort Cleveleys in der Nähe von Blackpool ertranken am 3. Juli Nachmittags drei junge Damen. Sie waren alle drei die Töchter eines Manchester Fabrikanten,

der sich vor etwa acht Tagen mit seiner Familie ein Haus am Strande zum Sommeraufenthalt gemietet hatte. Die Damen, die alle gute Schwimmer waren, hatten sich bei Ebbe ins Wasser gewagt und waren in die hohe See hinausgezogen worden. Ein Neffe des Fabrikanten und eine Tochter wurden durch herbeigeeilte Fischer gerettet.

**New York.** Eine Wasserfatastrophe. Bei dem Vergnügungsorte Catland Park unweit von Pittsburg bewirkte, wie der „Frankf. Zig.“ gefabelt wird, ein Wellenbruch einen Dammbrech an den Heterocooks. Dreißig Fuß hohe Wassermengen zerstörten den Ort und warfen einen elektrischen Eisenbahnzug in die Tiefe. Die Zahl der Todten beträgt 50.

**Pittsburg.** Vier Personen vom elektrischen Strom getödtet. Auf eigenhümliche Weise wurden hier auf offener Straße 4 Personen infolge eines Drahtbruchs der elektrischen Oberleitung getödtet. Das Ende des Drahtes fiel in eine Wasserpfütze auf dem Straßenpflaster, und als die vier Vergnüglichen beim Ueberschreiten der Straße in das Wasser hineintraten, erhielten sie einen heftigen elektrischen Schlag, der sie alle sofort auf der Stelle tödtete.

**Chicago.** Feuersbrunst. Die Backhäuser der Fleischkonjervenfabrik Hammond Company in St. Joseph (Missouri) sind niedergebrannt. Der Brandschaden beträgt 3 Millionen Dollars.

**Briefkasten.**

**L. S., Wölln.** Wir werden die Zeitung abonniren und die betreffenden amtlichen Anzeigen jedes Mal im Annoncentheil veröffentlichen.

Verlobte:  
**Wilhelmine Geese  
Johannes Haase**  
Stadefeldorf, 7 Juli 1903.

**Statt besonderer Meldung.**  
Durch Unglücksfall entschlief sanft mein lieber Mann und unser guter Vater  
**Heinrich Abraham**  
im Alter von 53 Jahren.

Tief betrauert von seiner Frau, seinen Kindern und allen Verwandten.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch den 8. Juli, Nachmittags 2 Uhr von der St. Lorenz-Kapelle aus statt.

**Logis zu vermieten**  
Friedenstraße 66, II.

**Zum 1. Okt. eine Wohnung zu verm.**  
von 3 Zimmern und Kabinett  
Friedenstraße 44

**Eine Wohnung zu vermieten**  
Friedenstraße 30.

**Gesucht ein Putzmädchen zu sofort**  
Krähenstraße 7, II.

**Gesucht tücht. Schuhmachergeselle**  
J. Kalkhorst, Warendorferstraße 20.

**Zu verkaufen ein Sopha**  
Schwignstraße 58, I.

**Das 6. und 7. Buch Moïis**  
Der Reich, 22 Hefte, billig zu verkaufen.  
Fagelstraße 65.

**Zum Volksfest!**  
Großer Rohren Petroleum-Lampen, Vierschicht-Apparate und Wärmefel zu vermiethen oder billig zu verkaufen.  
W. Klüssendorf, Altonaer u. Wandsb. Str. 116, Fernnr. 1159

**Callonen ein kleiner hellgelber Festel-Gund,** Stanznummer 1593.  
Königliche Meiner Kisten 18.

**Alle Wringmaschinenwalzen**  
werden hier bezogen unter Garantie.  
W. Klüssendorf, Altonaer u. Wandsb. Str. 116, Fernnr. 1159

- Die Herren:
- Ad. Bartels, Lindenstraße.
  - Herrn. Barmeister, Sadowstraße.
  - Konrad Brandt, Johannisstraße.
  - Joh. Brede, Dannewitzstraße.
  - A. J. H. Fick, Salzenstraße.
  - Ludw. Hartwig, Oberweg.
  - H. Kalm, Schindlerstraße.
  - Alfred Krabbenhöft, Dornstraße.
  - Hr. Marie Louisa, Brodesstraße.
  - Carl Lindenberg, Scripstraßen.
  - J. G. Peters, Schindlerstraße.
  - Mar. Peterien, Schwignstraße.
  - Heinr. Puls, Friedenstraße.
  - Wilk. Schuur, Arminstraße.
  - Heinr. Schroeder, Warendorferstraße.
  - Franz. Schmidt, Große Burgstraße.
  - Ed. Eber, Fagelstraße.
  - Gust. Thomsen, Warendorferstraße.
  - Hr. Ulrich, Dornstraße.
  - H. J. Fick, Warendorfer Allee.
  - H. Seckel, Fagelstraße.

**Malta = Vita**  
1 Sp. 55 Fig., 1/2 Sp. 30 Sp.  
Gesamt-Erlöse:  
**Otto Schweichler, Lübeck.**

**Grüne Rabattmarken**

gebe ich trotz der enorm billigen Preise von jetzt an während meines

**Total-Ausverkaufs**

wegen Aufgabe des Geschäfts.

Empfehle in großer Auswahl zu Spottpreisen:  
Sämtliche Manufakturwaaren, Herren-, Knaben- und Arbeitsgarderoben, Kleiderstoffe, Kattune, Barchende, Flanelle, weiße waschbare Wulle u. Cheviots, Blusen, Sonnen- u. Regenschirme, Unterzeuge, Wäsche, Schürzen, Unterröcke, Strümpfe, alle Aussteuer-Artikel, Bettjatinz, Bettfedern und Daunen.

Markenbücher sind hier zu haben.  
Volle Bücher nehme in Zahlung.

**Wilh. Bartelt**

25 Breitestraße 25, gegenüber der Beckergr.

**J. Holzner, Töpfer**  
wohnt jetzt Krähenstraße 7, 1 Etg.

**Korsettfabrik**  
Th. Jepsen, Pfaffenst. 7  
empfehlt die  
ersten Neuheit in Korsetts  
zu den billigsten Preisen.  
Besonders vortheilhaft:  
Eine Partie in natur u. broché  
von Mk. 1.50 bis 4.50 Mk.  
halfter und elegant färbend.  
Bitte genau auf die Färbung zu achten!

**Die Nord-Wacht.**

Regional unabhängig ercheinendes politisches Organ für das nördliche Ost Preussensgebiet.  
Preis monatl. 50 Pfg., viertelj. 1.50 Mk.  
Redaktion u. Exped.: Post, Rote Miltz-Str. 82  
— Verlagsnummer Nr. 5820 —  
Zur Agitation auf dem Lande  
ganz besonders geeignet. \*\*  
Bestellungen nehmen zur Beförderung.

**Achtung!**  
**Töpfer Lübecks!**  
**Verammlung**  
am Dienstag den 7. Juli  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/51  
Um zahlreicher Besuch bitten  
Der Vorstand.

**Empfehlungs-Karten**

betert prompt und sauber  
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

**Gesangverein**  
„Eintracht“

**General-Versammlung**

am Mittwoch den 8. Juli  
Abends 9 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/51  
Tages-Ordnung:  
Abrechnung. Bericht des Vorstandes betr. Klavier.  
Bericht des Vorstandes.  
Nach Schluß der Versammlung Verkauf der noch vorhandenen Spiele des Vereins (Schach, Domino u. f. w.)  
Der Vorstand.

**Achtung Maurer!**

**Mitglieder-**  
**Versammlung**  
am Mittwoch den 8. Juli  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/51  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder  
2. Gemeindefest-Kassung  
3. Abrechnung vom 2. Quartal 1903.  
4. Bericht des Vorstandes.  
In dieser Versammlung kommen Protokolle vom Vorhergehenden zur Berichtigung.  
Der Vorstand.

**Gewerkschafts-Ausflug**

Die Gewerkschaftsvorstände werden gebeten, die Karten für den Ausflug heute, Dienstag, spätestens aber Mittwoch Abend von 8—9 Uhr, im Vereinshaus entgegenzunehmen.  
Das Komitee.

**Arbeiter-Bildungsschule**  
Lübeck.

**Verammlung**  
am Mittwoch den 8. Juli  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/51  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1903.  
2. Beschlußfassung über den Lehrplan im Winterhalbjahr  
3. Innere Vereinsangelegenheiten.  
Der Vorstand.

**Arbeiter-Turn-Verein**  
Lübeck.

**General-Versammlung**

am Mittwoch den 8. Juli  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinslokal Hundestraße 41.  
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.  
Der Vorstand.

**Konzerthaus Lübeck.**  
III. Spielplan  
2. Juli bis 15. Juli 1903.

**Neues Riesen-Programm.**  
!! 12 Attraktionen !!  
II. II täglich

**Mr. Williams**  
„der Unfehlbare.“  
Anfang 8 Uhr.  
Näheres siehe Anschlagtafeln.  
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Mittwoch den 8. Juni,  
von 4 Uhr ab:

**Großes Original-Kinder- u. Familien-Strandfest auf Helgoland.**  
**Gr. Gartenkonzert.**  
Pompöser Festzug der Helgoländer Fischer-Knaben und Mädchen.  
Original-Helgoländer Kinderspiele aller Art.

**Bomben-Regen**  
Große Gratis-Geschenk-Verteilung.  
Jedes Kind erhält schon an der Kasse einen Strandhut gratis.  
Aufsteigen des Riesen-Luftballons „König“.  
Der Ballon ist 20 Fuß groß und wird vor den Augen des Publikums gefüllt.  
Kasseneröffnung 3 Uhr. Anfang des Festes 4 Uhr. Entree: Kinder 15 Pfg., Erwachsene 25 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur für den gemeinsamen Inhalt der Zeitung mit Redaktion der „Lüb. Wacht“ und „Nord-Wacht“ sowie der mit J. S. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. Verantwortlicher Redakteur für die „Lüb. Wacht“ und „Nord-Wacht“: J. S. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwarz. Druck von Friedr. Meyer & Co. — Druckort: Lübeck.

## Ein Beitrag zu behördlichen Angriffen auf die Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Die Krankenversicherungs-Novelle enthält bekanntlich erhebliche Angriffe auf die Selbstverwaltung der Krankenkassen. Dem Vorgehen der sozialdemokratischen Fraktion gelang es, der Novelle die Hauptgestalt auszubringen und darüber hinaus einen Schutz gegen Uebergriffe von Aufsichtsbehörden durch Einführung des Verwaltungsstreitverfahrens gegen Anordnungen der Aufsichtsbehörden zu schaffen. Wie dringend notwendig solcher Schutz ist, zeigt der Fall Kauffmann aus der Lichtenberger Orts-Krankenkasse. Dieser Fall ist typisch für Mißstände, die durch Nichtwahrnehmung der den Kassenmitgliedern zustehenden Rechte und durch Belegung des Postens eines Rentanten mit ehemaligen Beamten entstehen können. Eine etwas eingehendere Schilderung des Sachverhältnisses erscheint deshalb zweckmäßig.

Kauffmann war Amtsvorsteher und Oberförster des Grafen von Redern zu Lank. Vom Grafen von Redern wurde er entlassen, erstirbt aber gegen diesen eine ihm noch heute zustehende Pension von 3000 Mark jährlich. Außerdem steht ihm eine Jahres Unfallrente von 1300 Mark jährlich zu. Dieser Mann wurde durch den Einfluß seiner konservativen Freunde im Jahre 1890 als Rentant der Lichtenberger Orts-Krankenkasse angestellt. Der Vertrag setzte für ihn als Gehalt bei achtstündiger Arbeitszeit 7 1/2 Proz. der Brutto-Einnahme fest. Im Jahre 1894 wurde der Vertrag dahin geändert, daß Kauffmann berechtigt sein sollte, den Vorstand zu vertreten, daß er auf Lebenszeit mit Pensionberechtigung und Reliktenversorgung angestellt werde. Im Jahre 1895 wurde beschlossen, das Gehalt auf 6 1/2 Prozent der Brutto-Einnahme festzusetzen, dem Kauffmann aber als Minimalgehalt 3600 Mark zu garantieren. Am 30. April 1901 ließ sich Kauffmann zum Generalvertreter mit der Befugnis bestellen, jede Rechtsanbahnung, welche der Kassenvorstand oder dessen Vorsitzender vornehmen könnte, an dessen Stelle wahrzunehmen. Unter dem 30. April ließ sich ferner Kauffmann einen alljährlichen Jahresurlaub von vier Wochen zubilligen. Unter dem 1. September 1901 wurde an Stelle des nach dem Bruttogehalt festgesetzten Gehalts das Gehalt auf 5000 bis 6500 Mk. jährlich, Pension von 2000 bis 2500 Mk. nebst Wittwenpension von 1250 Mk. festgesetzt. Im Oktober 1901 ließ Kauffmann sich das Recht einräumen, sich selbst auf drei Tage zu beurlauben und sich vertreten lassen zu können.

Die Art und Weise, wie Kauffmann seine persönlichen Interessen durch Verträge wahrnahm, deren Rechtsgültigkeit hier dahingestellt bleiben mag, erregte längst den Unwillen vieler Mitglieder, der sich auch in erregten Versammlungen kundgab. In welchem Mißverhältnis das Gehalt zu dem Kassenvermögen steht, ergibt z. B. der Etat für das Jahr 1897: einem Gesamt-Etat von 68445 Mk. standen persönliche Verwaltungsausgaben der Kasse in Höhe von 10294 Mk. (darunter das Gehalt mit 5000 Mk.) und nur 4999 Mk. 60 Pf. für ärztliche Behandlung gegenüber.

Von Kassenmitgliedern wurde außerdem über schlechte Behandlung und vieles andre geklagt.

Die Mißstimmung gegen Kauffmann wuchs von Tag zu Tag: ein Theil der Mitglieder — Arbeitgeber und Arbeiter — meinte, es müße ein Vorgehen gegen Kauffmann ja doch nicht, die Kasse werde ihre beschämend niedrigen Leistungen und die hohen Verwaltungskosten wohl beibehalten, weil Kauffmann es verstanden habe, durch alte Freundschaften mit einflussreichen Persönlichkeiten und durch Anstellung eines aus dem Staatsdienst entlassenen Schwagers, des einflussreichen Gemeindevorsteher Meier, sich

nach oben so zu stellen, daß ihm stets recht gegeben würde. Ein anderer Theil der Mitglieder war der Ansicht, daß es Recht und Pflicht der Mitglieder und des Vorstandes sei, Schädigungen der Kasse entgegenzutreten. Dieser Theil der Mitglieder war der überwiegend größere.

Als Kauffmann sah, daß sein Einfluß nicht mehr ausreiche, um ihm mißliebige Wahlen — eine solche war für ihn die des Arbeitgebers Koch zum stellvertretenden Vorsitzenden — zu verhindern, wurden eine Anzahl Mitglieder des Vorstandes veranlaßt, den Vorstand beschlußunfähig zu machen, um die Wahl Kochs zu hintertreiben.

Dieser Plan gelang leider. Nunmehr veranlaßte Kauffmann bei der Aufsichtsbehörde, den gesamten Vorstand zu entsetzen und ihn zum kommissarischen Verwalter zu ernennen. Er wurde am 28. Mai 1902 zum Kommissar auf Grund des § 45 R.-V.-G., letzter Absatz, ernannt. Zu seiner Vertretung wurde zu wiederholten Malen Gemeindevorsteher Meier auf Kosten der Kasse bestellt.

Während dieser Kommissariatszeit reichte Kauffmann bei der Aufsichtsbehörde den Antrag ein, ihn zu pensionieren. Die Aufsichtsbehörde nahm an, der p. Kaufmann sei „infolge Nervenschwäche“ für die Stelle als Rentant nicht mehr dienstfähig“ und verfügte unter dem 2. Februar „in Wahrnehmung der Geschäfte des Kassenvorstandes“ seine Pensionierung zum 1. April 1903, beließ ihn aber als Kommissar. Am 9. März beurlaubte die Aufsichtsbehörde Kauffmann, entthob ihn seiner kommissarischen Stellung und setzte den Vorstand wieder ein. Wie es in Vorstandssitzungen herging, erweist ein kürzlich stattgefundenen Prozeß, in dem festgestellt wurde, daß auf des Rentanten Kosten Bier, Schnaps, Zigarren und Zigaretten Vorstandsmitgliedern offerirt wurden.

Versuche Kaufmanns, auch seinen Nachfolger durch die „Aufsichtsbehörde“ einsetzen zu lassen, mißlangen. Wohl aber gelang es seinen Bemühungen, der Generalversammlung die Absetzung der Vorstandsmitglieder zu untersagen, die seinem Wunsche entsprechend Vorstandssitzungen durch ihr Fernbleiben vereitelt hätten. Nach lebhaften Kämpfen beschloß die Generalversammlung und der Vorstand, die Pensionierung nicht anzuerkennen, Kaufmann aber wegen der in seinem gesamten Verhalten liegenden groben Pflichtwidrigkeiten seines Amtes zu entlassen und ihm weder Gehalt noch Pension zu zahlen. Auf Anrufen Kaufmanns schritt daraufhin die „Aufsichtsbehörde“ mit einer Anordnung ein, dem Generalversammlungsbeschlusse keine Folge zu geben und an Kaufmann allmonatlich die Pension zu zahlen. Für Nichtbefolgung dieser Anordnung drohte sie Geldstrafen, eventuell Haftstrafen den Vorstandsmitgliedern an. Die Vorstandsmitglieder lehnten selbstverständlich eine Befolgung dieser behördlichen Einmischung in zivilrechtliche Verhältnisse zwischen der Kasse und ihrem früheren Rentanten ab. Zweifellos steht der Aufsichtsbehörde nur die Ueberwachung der Wahrnehmung der öffentlichen Interessen der Kasse zu, und steht ihr, abgesehen von dem im § 58 des Krankenversicherungsgesetzes geregelten Fall, niemals ein Recht auf Erzwingung vermeintlicher Verpflichtungen der Kasse gegenüber einem Rentanten außer oder in Diensten zu, selbst wenn es sich um einen Rentanten handelt, der in liebenswürdigster Weise Bier, Schnaps, Zigaretten und Zigarren den Vorstandsmitgliedern freistellt. Der Regierungspräsident hat trotzdem gegen die Vorstandsmitglieder entscheiden zu müssen geglaubt. Die weitere Forderung wird ja bei dem klaren Wortlaut des Gesetzes Erfolg haben. Sollte das wider Erwarten nicht der Fall sein, so bietet vom 1. Januar 1904 ab endlich das Verwaltungsstreitverfahren die Möglichkeit, gegen derartige behördliche Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Kassen Schutz zu suchen. Der Kasse ist im Interesse der

allgemeinen Entwicklung der Kassenverhältnisse zu wünschen, daß ihre Mitglieder endlich durch alle Instanzen energisch ihre Rechte wahrnehmen und die Kasse nicht zu einem Versicherungsinstitut für ehemalige Amtsvorsteher begrabten lassen.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** In den Brauereien Leo Schiele und Jagdschlösschen in Eberswalde ist es zum Streik bezw. zur Aussperrung sämtlicher Arbeiter gekommen. Eine Volksversammlung hat sich mit den Streikenden resp. Aussperrten solidarisch erklärt. — Seit vier Wochen freilich bekanntlich in Dresden und in den Vororten die Dfen-seher. Der Streik wird langwierig, da nicht nur ein großer Fonds vorhanden ist, sondern die Streikenden auch von den Töpferei-Arbeitern des Bezirks regelmäßige Unterstützung erhalten. Um den Dfensehern diese Hilfe abzuschneiden, haben die Arbeitgeber jetzt Verhandlungen eingeleitet, sämtliche Töpfereibetriebe zum Stillstand zu bringen. — Auf der landwirtschaftlichen Ausstellung in Hannover haben, wie der „Volkswille“ berichtet, 13 beim Abbruch beschäftigte Arbeiter der Firma Weger-Hamburg die Arbeit niedergelegt. Grund zu dieser Maßnahme gab die mit Automobilttempo betriebene Treiberei bei der Arbeit. Zugleich hörte auch der Poiter mit auf, der sich ebenfalls sagte, daß von den Arbeitern Unmögliches verlangt worden ist. — Der Streik der Dachdecker in Bochum ist jetzt durch Annahme eines Tarifvertrages beendet worden. Die Arbeitszeit ist auf 10 Stunden festgesetzt, der Lohn beträgt für jüngere Gesellen pro Stunde 43 Pfennig und vom 1. Juli nächsten Jahres ab 45 Pfennig, für ältere Gesellen pro Stunde 48 Pfennig. Bei auswärtigen Arbeiten erhalten die Arbeiter eine Vergütung von 50 Pf. für den Tag. Bei Holz-, Zement-, Theer- und Papparbeiten wird ein Zuschlag von 3 Pf. für die Stunde gewährt. Ueberstunden sollen möglichst wenig gemacht werden und werden mit 10 Pfennig Zuschlag berechnet. Der Vertrag läuft auf zwei Jahre bis zum 30. Juni 1905; es ist der dritte Tarifvertrag im Dachdeckerberufe. — Der Kölner Bau-gewerbeterein hielt Freitag eine zahlreich besuchte Versammlung ab, worin zur Generalaussperrung der Bauarbeiter bekannt gegeben wurde, daß die Zahl der Aussperrten jetzt etwa 3800 beträgt. Nur dringende Nothstandsarbeiten werden verrichtet und solche Arbeiten, ohne die Gefahr für die Nachbarhäuser vorliegen würde. Der Referent versicherte, daß nach den bisher gezahlten Vorkostlöhnen die Verputzer 50–55 Pf. pro Stunde verdienen, und es sollte ein Aufschlag von 15 pCt. bewilligt werden. Indessen verlangen die Verputzer erhöhte Tageslohnpreise. Der Antrag auf eine weitere Aussperrung der Beton- und Schuttbodenarbeiter wurde abgelehnt, weil hierdurch kleinere Unternehmer zu hart betroffen würden. — Der Ausstand der Weber bei der Firma Raff u. Söhne in Pforzheim-Augsburg dauert fort, nachdem das Resultat der Verhandlung zwischen der Fabrikleitung und den Ausständigen mit allen gegen eine Stimme als unannehmbar erklärt wurde.

Die frivole Aussperrung in der Fleischwarenfabrik von E. P. Lehmann in Brandenburg ist beendet. Lehmann ist zu der Einsicht gekommen, daß er durch das von ihm angewandte Gewaltmittel doch nicht erfahren kann, wer das „Eingefand“ der „Brandenburger Zeitung“ übermittelt, beziehungsweise verfaßt hat. Die Abstellung der in dem „Eingefand“ gerügten Mißstände ist zugesagt; es hat also wenigstens seinen Zweck erfüllt.

Die Arbeitnehmer in der Nürnberger Leuchtgas-Industrie freiben den Abschluß einer Tarifgemeinschaft an. Die Nürnberger Mitgliedschaft des Centralvereins der Konditoren, Lebküchler und Berufsgenossen hat den Fabrikanten einen Tarifentwurf eingereicht,

## Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

57. Fortsetzung.

„Haben Sie meinen Frack mitgebracht? Ob ich es mir denn nicht immer dachte, daß noch ein Unglück passieren würde! Mein Frack will ich — hören Sie denn nicht?“ polterte der Direktor.

„Aber da liegt er ja auf dem Sopha! Wo wollen Sie denn noch hin?“

„Zum Erbprinzen — er hat nach mir verlangt!“

„Mit dem Fettsack?“

„Herr Da mein Gott, an den Fettsack habe ich gar nicht gedacht! O, daß diesen Schulze der Teufel holen möchte!“

„Ich glaube nicht, daß er unter den vielen Schulzes den richtigen findet“, meinte Peters. „Aber warum nehmen Sie nicht Herrn Rebe's dunkle Hosen?“ Er ist noch in der Garderobe.“

„Die sind mir ja um einen Fuß zu lang!“

„Krempeln wir auf“, sagte Peters.

„Es geht nicht mehr, er wartet!“ ächzte der Direktor, der seinen alten Rock schon abgeworfen hatte und sich in den etwas engen Frack hineinzwängte — „wo ist mein Hut? Ich halte meinen Hut vor!“

„Da sieht der Fettsack beinahe noch besser aus“, sagte Peters; „Sie haben den alten erwischt.“

„Na, dann kann's nichts mehr helfen; ein Unglück kommt nie allein, und wenn ich jetzt in Del eingekocht wäre wie eine Sardine — warten kann ich ihn jetzt nicht länger lassen!“

„Das Schnupstuch hängt Ihnen hinten heraus“, sagte Peters.

Der Direktor steckte es in wilder Hast wieder ein, und sich unterwegs die in Unordnung gerathenen Haare ein

wenig zurecht brügend, schob er in voller Flucht zurück auf die Bühne, um sich dem übermäßig besternten und beordneten Hofmarschall zur Verfügung zu stellen.

Dieser führte ihn auch ohne Weiteres der fürstlichen Loge zu, und Krüger, etwa mit einem Gefühl wie ein Sabalter-beamter, der vor einen Vorgesetzten zittert und die Gewißheit hat, einen tüchtigen Küffel zu bekommen, folgte ihm so rasch er konnte.

Der Erbprinz erwartete ihn oben. Der Wagen stand schon lange unten, seiner harrend, aber er blieb trotzdem zurück und sah inbessern zu, wie sich das Haus leerte.

„Herr Direktor Krüger, königliche Hoheit.“

„Ah, lieber Direktor, es freut mich, Sie kennen zu lernen — ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Aufmerksamkeits!“

„Königliche Hoheit“, flötete Krüger.

„Heute Abend aber“, fuhr der Prinz fort, „bitte ich Sie, Ihrem Herrn Rebe in meinem Namen für den Genuß zu danken, den er mir durch sein vortreffliches Spiel bereitet hat. Er ist jetzt noch im Kostüm, sonst hätte ich ihn selber heraufrufen lassen, und so ersuche ich Sie denn, ihm in meinem Namen diese Luchnadel zu überreichen, die er mir zum Andenken tragen mag“, und mit den Worten nahm er seine eigene Brillantnadel aus der Kravatte und überreichte sie dem Direktor.

„Königliche Hoheit“, stammelte dieser wieder, „sind so groß.“

„Guten Abend, Herr Direktor, nochmals, ich bin Ihnen sehr dankbar!“ und fort war er, und in einer solchen Aufregung befand sich der Direktor, daß er selbst seinen Fettsack vergessen hatte, und in einem Zustand, von dem er sich selber später keine Rechenschaft ablegen konnte, zurück auf die jetzt leere und fast dunkle Bühne schob. Er schüttelte dabei fortwährend mit dem Kopfe und murmelte in einem fort: „Noch gar nicht dagewesen, wirklich noch gar nicht dagewesen!“

Rebe war noch in seiner Garderobe; der Direktor folgte ihm dahin fast willenlos.

„Herr Rebe, der Erbprinz läßt Ihnen in meinem Namen sagen.“

„In Ihrem Namen, Herr Direktor?“

„In seinem Namen, wollte ich sagen, daß er Ihnen unendlich dankbar für den Genuß des heutigen Abends ist und Sie bittet, diese Luchnadel — Mensch, Sie haben ein Heidenstück! — zu seinem Andenken zu tragen.“

„Herr Direktor!“ sagte Rebe erschrocken.

„Es ist so, mein lieber Rebe, bei Gott! Seine königliche Hoheit war unendlich gnädig und hat sich bei mir auch bedankt.“

„In der That?“

„Rebe“, fuhr der Direktor gerührt fort, „ich habe Ihnen Unrecht gethan; Sie sind zurückgesetzt worden, ungerechter Weise zurückgesetzt worden — Sie hätten eigentlich besser beschäftigt werden müssen, und ich sehe ein, daß Ihnen Unrecht geschehen ist.“

„Herr Direktor“, sagte Rebe ruhig, „es freut mich wenigstens, daß Sie das noch im letzten Augenblick erkannt haben, und ich gebe Ihnen mein Wort, daß das mein schönster Lohn heute ist. Wir werden also in Frieden und Freundschaft scheiden.“

„Wir wissen noch gar nicht, ob wir scheiden, Rebe“, pläzte der Direktor heraus, „das wissen wir noch gar nicht! Kein Mensch weiß überhaupt, was am nächsten Tag geschieht, ja, an dem nämlichen, und wenn wir heute Morgen Jemand erklärt hätte, daß Sie heut Abend den Hamlet spielen würden, so...“ er schwieg erschrocken still, weil er sich beinahe verschluckt hatte. Rebe aber fuhr lächelnd fort:

„Würden Sie ihn wahrscheinlich für verrückt erklärt haben.“

„Kein lieber Herr Rebe, ich bitte Sie um Gottes willen...“

besten hauptsächlichste Punkte folgende sind: Die Arbeitszeit in der Woche darf nicht mehr als 54 Stunden betragen, sie ist bei Beschäftigungen zu verkürzen, um Entlassungen zu vermeiden. Der Mindestlohn beträgt für Lebflücker und Konditoren 20,40 Mark, für Bäcker 17,40 Mark, für Arbeiterinnen 8,40 Mark. Für Ueberarbeit, die nur bei höchstem Geschäftsandrang stattfinden darf, werden entsprechende Zuschläge gefordert, ferner wird die Anerkennung der Organisation zu Bedingung gemacht.

Der letzte Sondertarif im Gebiete der deutschen Tarifgemeinschaft der Buchdrucker ist infolge eines Beschlusses der letzten Generalversammlung des Vereins der Buchdruckerbesitzer von Ost- und Westpreußen gefallen. Die Generalversammlung, die den Tarif außer Kraft gesetzt hat, hat den Vereinsmitgliedern empfohlen, die Tarifgemeinschaft anzuerkennen.

Das Arbeitersekretariat für Oberschlesien ist mit dem 1. Juli von Deuthen O.S. nach Kattowitz, Rathausstraße 6 verlegt worden. Die Auskunftsverteilung beschränkt sich von jetzt ab nur auf die organisierten Arbeiter.

Maximalarbeitsstag für Frauen. Die badische Fabrikinspektion hat die vom Reichskanzler ausgegebene Umfrage, ob die Verkürzung des Höchstarbeitstages für Frauen von 11 auf 10 Stunden in Fabriken anzügig sei, mit „ja“ beantwortet.

Wahlverein sozialdemokratischer Frauen. Am Tage nach der Stichwahl haben sich die Wahlvereine sozialdemokratischer Frauen Berlins und die Frauenwahlvereine in den benachbarten Kreisen aufgelöst. Der Wahlverein sozialdemokratischer Frauen hat sieben Wochen bestanden und zählte zuletzt 800 Mitglieder. An der Wahlarbeit haben sich die Frauen in hervorragendem Maße beteiligt.

Die Genossen zu Mülhausen i. G. beschließen, ihr Parteiblatt, das bisher als Kopfbblatt der „Volkstimme“ in Frankfurt a. M. hergestellt wird, in Mülhausen selbst herauszugeben. Zur Finanzierung des Unternehmens sollen Antiquitäten herausgegeben werden.

Wegen Beleidigung durch die Presse ist am 31. Januar vom Landgerichte Königsberg der Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“, Genoff: Julian Worchardt, zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurteilt worden. Die Beleidigung wurde erblickt in einem Artikel, in welchem er ein Strafammerurteil gegen seinen Redaktionskollegen Noke besprach. In seiner Revision rügte der Angeklagte Verlesung des § 193. Er habe zu Noke in sehr engen Beziehungen gestanden und ein Interesse daran gehabt, mitzutheilen, daß die Zeitung, an der er thätig ist, nicht unwahre Thatsachen verbreitet hat. Das Reichsgericht erkannte aber Somabend auf Verwerfung der Revision, da das Urteil einen Rechtsirrtum nicht erkennen lasse.

Die deutschen Arbeiter-Sekretariate. Im „Korrespondenzblatt der Gewerkschafts-Kommission“ veröffentlicht F. Lambricht eine tüchtige Arbeit über Zahl, Stand und Frequenz der deutschen Arbeiter-Sekretariate. Dem Artikel entnehmen wir: Von den in unserer Statistik verzeichneten 32 Sekretariaten sind je 1 in den Jahren 1889, 1894 und 1897, 4 1898, 8 1899, 6 1900, 6 1901 und 5 1902 in's Leben getreten. Von den an der Statistik beteiligten 32 Sekretariaten werden 16 lediglich von Gewerkschaftsvertretern und 6 von den Parteilosen und anderen gewerkschaftlichen Organen unterhalten, während bei 6 Sekretariaten auch parteipolitische Organisationen zum Unterhalt beitragen. Das Sekretariat in Jena wird völlig aus privaten Mitteln unterhalten (vom Parteige des „Jenaer Volksblatt“, im Firma Kapital). Staatliche Unterstützung genießt nur ein Sekretariat, das am 1. Januar 1902 in Göttingen errichtet, dessen Unterhalt zusätzlich fast völlig aus staatlichen Mitteln (pro Jahr 200 Mk.) bestritten wird. Die Einrichtung eines gleichfalls subventionierten Arbeitersekretariats war bekanntlich auch für Koblenz beantragt und in Aussicht gestellt; von der Verwirklichung dieses Planes hat man aber bisher nichts mehr gehört. In anderen Bundesstaaten dürfte für absehbare Zeit wenig Neigung zur Nachahmung des Göttinger Beispiels zu verspüren sein; auch mehrfach Versuche, Gemeindevorstellungen zur Unterstützung von Arbeitersekretariaten anzulegen, sind bislang scheitern geblieben. Die Gesamtzahl der in den 27 Sekretariaten festgestellten Angestellten beträgt 42, darunter 40 Sekretäre und 2 Hilfsbeamte. 17 Sekretariate bezeugten sich mit je einem besoldeten Sekretär, 5 haben 2; 3 haben 3 Sekretäre und 2

haben statt des dritten Sekretärs je einen Hilfsbeamten. Die Gehälter der besoldeten Sekretäre schwanken zwischen 800 Mk. (Altenburg) und 2500 Mk. (Hamburg). An der Statistik der Auskunftsuchen und der Auskunftsverteilung sind alle 32 Sekretariate beteiligt. Der Zeitraum, auf den die Frequenzangaben sich beziehen, betrifft in 27 Fällen das Kalenderjahr 1902, in 4 Fällen Bruchtheile; in einem Fall (Kassel) erstreckt er sich auf 17 Monate. Die Gesamtzahl der Auskunftsuchen betrug darnach 195 679; die geringste Frequenz hatte das Sekretariat Magdeburg (für 2 1/4 Monate 219), sodann das von Jena (575) und Göttingen (704), während die meisten Besucher in Frankfurt a. M. (26 232), Nürnberg (17 007) und Köln (16 485) gezählt wurden. Von den Rechtsuchen wohnten 45 531 (23,2 pSt.) außerhalb des Sekretariatsortes, und zwar erstreckte sich das Wohnbereich dieser Klienten bei einzelnen Sekretariaten auf Hunderte von Orten. Das Nürnberger Sekretariat wurde sogar über den Ocean her (Chicago) um Auskunft ersucht.

## Aus Nah und Fern.

Militärjustiz. Vor dem Breslauer Kriegsgericht der ersten Division stand Donnerstag der Gendarm Otto Schwenn aus Groß-Rädlich, Kr. Breslau, angeklagt der Mißhandlung eines Zivilisten mit der Waffe. In der Nacht des 6. Februar brante in Kriechen die Bestizung des Stellens Paul Hiller. Der Gendarm befohl dem Hausbesitzer August Hiller beim Löschen zu helfen. Dieser sagte, er sei krank und müsse auch seine Bestizung schützen. Der Gendarm befohl ihm, die neben seiner Bestizung befindliche Brandställe zu verlassen. Als H. dies nicht that, führte der Gendarm ihn weg und drückte und schüttelte ihn. Als der Sohn des Hiller hinzukam und den Gendarm von seinem Vater wegdrängte, zog der Gendarm den Säbel und schlug dem Sohn des H. über den Rücken und Arm. Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrath Giese, meinte, der Gendarm habe sich sehr unpassend benommen und beantragte vierzehn Tage gefindene Arrest wegen vorschriftswidriger Ver- und Mißhandlung. Das Kriegsgericht erkannte nur auf drei Tage gefindene Arrest, indem es in dem Schütteln vorschriftswidrige Behandlung erblickte, den Diener der heiligen Hermandad aber von der Mißhandlung mit der Waffe freisprach und Nothwehr annahm. — Vielleicht wird nun gar noch der Mißhandelte angeklagt. Nach diesem Urtheilspruch wäre selbst das möglich.

Ein Intrativer Wallfahrtsort. Aus Deuthen in Oberschlesien wird der „Brel. Morgen-Zeitung“ geschrieben: Deutsch-Bielar ist bekanntlich ein berühmter Wallfahrtsort. Zu dem dortigen Kalvarienberg (genannt vom Volke „die Kalvarie“), einem Hügel, dessen Anhöhe etwa 200 Kapellen und Kirchen beherbergt, von einer 2 1/2 Meter hohen Umfassungsmauer vollständig eingeschlossen, wallfahren jährlich im Juli und August viele Tausende von Pilgern, natürlich nicht ohne zu opfern. Wie reich diese Opfer sich gestalten, darf ihrer Fülle, giebt deutlich der Umstand zu erkennen, daß der Pfarrer auf die elektrische Kraft der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zu verzichten gedenkt, um in einer eigenen Anstalt das elektrische Licht zu erzeugen, das er zur Beleuchtung seiner Kapellen nötig hat. Man schätzt das jährliche Einkommen des Pfarrers, der die Hilfe eines Privatsekretärs zur Bewältigung der ausgedehnten Geschäfte in Anspruch nehmen muß, auf hunderttausend Mark. Uebrigens hat der Geistliche neuerdings bekannt gemacht, daß der Zutritt zu der Pilgerstätte nur mehr nach Bezahlung von Eintrittsgeld gestattet wird! Man löst sich also ein Billet von 5 Pf. und nichts steht der Befriedigung der religiösen Bedürfnisse der Gläubigen mehr im Wege. Glaubt man aber mit einer täglichen Andacht das Ziel nicht erreichen zu können, so ist der Pfarrer bereit, nach Bezahlung von einer halben Mark — Wochenabonnements zu verabfolgen!

Ein oberchlesisches Kulturbild. Ein kleines Ereigniß, das in Deuthen fast zu Ausbrechungen geführt hätte, wies ein Schlaglicht auf den Kulturstand in Oberschlesien. Aus Anlaß von Jubiläumfeierlichkeiten der Schöngüde hatten mehrere Badenbesitzer ihre Baden aufgeschlagen und zeigten ihre Schenkwürdigkeiten. In einer dieser Baden traten Kavalieren als Zunderkünstler auf. Kam hatte eine Frau ihr vierjähriges Mädchen verloren. Alles Aufmerksam war vergebens gewesen. Da glaubte eine Fremde ihre Aufmerksamkeit auf die „Röhren“ lenken zu müssen und theilte ihr allen Ernstes mit, sie glaube, die

Schwärzen hätten das Kleine aufgefressen. In einer halben Stunde hatte das Gerücht überall Wurzeln geschlagen. Ein Haufen Menschen rortete sich vor der bezeichneten Bade zusammen, man stieß Drohungen aus, man wollte das Pestkürmen. Im gelegenen Augenblick marschirten vier Polizisten, von einem Polizeikommissar geführt, heran. Sie stürzten sich über die Bade her, durchsuchten sie kreuz und quer — vergebens. Selbst die Knochen fanden sich nicht. „Ja“, ruft jemand draußen, „sie haben die Knochen mitgefressen!“ Nur der Zufall, daß das Kind mitten in der Stadt wieder gefunden und gerade in dem Augenblicke dem Polizeikommissar auf dem Rudenplatz zugeführt wurde, verhinderte ernstere Ausschreitungen gegen den Badenbesitzer und seine schwarzen Zunderkünstler.

Eine väterliche Ermahnung erläßt jeben die Polizei an die Bürger des märkischen Städtchens Trebbin: „Es ist bei der letzten Gerichtsverhandlung hier zur Sprache gekommen, daß in einigen Lokalen hiesige Bürger, die leicht erregbar sind, von den Gästen zum Trinken animirt und dann auf alle Art gehänselt werden, sodas sie sich dann zu Ausschreitungen verleiten lassen. Es ist im Interesse der Ruhe und Ordnung, daß dies vermieden wird, und wir eruchen die Wirthe, solchem Unfug, der später zum Schaden der einzelnen ausläuft, zu steuern, eventuell Anzeige zu erstatten, damit zum Schutz des betr. Bürgers polizeilich oder gerichtlich eingeschritten werden kann.“

Ein Soldatenschilder. Wegen Mißhandlung eines Untergebenen war der frühere Unteroffizier, jetzige Militärgefangene Großer, vor dem Kriegsgericht in Spandau angeklagt. Er hatte dem Trainsoldaten Böhme in zahlreichen Fällen mit der Kloppeitsche, der Fahrerpötsche, der flachen Klinge geschlagen und ihn unter Mißhandlungen gezwungen, mit aufgestreckten Armen, die einen vollen Eimer Wasser halten mußten, die Kniebeuge zu machen. Der Angeklagte, der schon wegen ähnlicher Vergehen mit 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis und Degradation bestraft ist, wurde jetzt noch zu 2 Monaten verurtheilt.

Ein Soldatenschilder, den Unteroffizier Risch aus Berlin, verurtheilte das Oberkriegsgericht des 15. Armee-korps zu Straßburg zu 16 Monaten Gefängnis und Degradation. Jahrelang mißhandelte er seine Untergebenen in der gemeinsten Weise und verstand es, die Leute dermaßen einzuschüchtern, daß keiner sich getraute, Beschwerde zu erheben. Schließlich kam aber die Sache doch heraus, R. wurde verhaftet und im Untersuchungsverfahren kamen die unglaublichen Dinge an den Tag. Risch wurde nach der Trennungstafel Stefansfeld gebracht. Es wurde dort auch leichte vorübergehende Geistesstörung festgestellt. Ein Anhalt aber, daß Risch zur Zeit der Begehung seiner Thaten unzurechnungsfähig gewesen, wurde nicht gefunden, und man erkannte daher wie oben mitgetheilt.

Ein erschütterndes Verbrechen hat sich in der Pariser Vorstadt Jabel am Montag voriger Woche abgespielt. Der dort etablirte 50jährige Weingroßhändler und Schankwirth Delmas hatte vor einigen Tagen seinen Vater verloren und hielt Totenwache an seiner Bahre. Am Montag Abend, während die Familie in dem im Erdgeschoß befindlichen Schanklokal versammelt und Delmas allein im ersten Stockwerke bei der Bahre saß, stürzte ein gewisser Landon, ein entfernter Verwandter, die Treppe hinauf und schoß den nichts ahnenden Delmas nieder. Vier Kugeln trafen diesen so, daß er sofort sein Leben aushauchte. Der Mörder wurde auf der Straße festgenommen, nachdem er auch die Frau seines Opfers bedroht hatte, und erklärte auf der Wache, er habe Delmas getödtet, weil dieser ihn mit seiner Frau hintergangen habe, was vollkommen erlogen ist.

Der 34jährige Mörder Patrick Knowles, der vor einigen Wochen ein 14 Monate altes Kind lebensdig begrub, und dann dabei ertrappt wurde, wie er ein zweites Kind zu dem gleichen Zwecke verschleppen wollte, stand vor dem Schwurgericht in Durham (England). Da die Aerzte ihn für nicht vollkommen zurechnungsfähig erklärten, wurde er einer Kriminal-Internation überwiehen.

Christian Dewet, der berühmte Burenführer, hat sich in Blumfontein einer Operation unterzogen. Dewet hatte sich vor längerer Zeit zwei Finger stark verletzt, und jetzt mußten mehrere Knochen splitter herausgeschmitten werden. Der operative Eingriff war schwierig, doch hoffen die Aerzte, dem Patienten den Gebrauch der beiden Finger zu erhalten.

„Ich dachte Jhnen für Ihre bessere Meinung best Abend, Herr Direktor, aber Sie entschuldigen sich. Ich sahle mich doch etwas ungegrüßet und will machen, daß ich noch heute komme.“

„Soll ich Jhnen vielleicht eines Tages bejorgen?“  
„Nebe laßle. — „Tausend Dank, mein — ich wage gar nicht so weit von hier und bin gewohnt, den Weg im nächsten Augenblicke zu Fuß zu gehen. Gute Nacht, Herr Direktor.“

„Gute Nacht, lieber Nebe, schlafen Sie wohl — Sie können heute auf Ihren Verbunden aufpassen.“

„Nebe laßle sich seinen Rod bis oben zu und verließ rasch die Ganderode. Unten an der Treppe sang ein Mann in einem braunen Ueberrock auf und ab — es war Pinner. Nebe wollte mit einem Schritt an ihm vorübergehen.“

„Herr Nebe!“ rief der Pinner an.  
„Was heißt Herr Pinner?“

„Geben Sie mir Ihre Hand.“

„Nebe schüttelte die handgelenke Hand aus allen Kräften.“

„Sie sind ein ganzer Kerl!“ sagte Pinner, drückte sich ab und verschwand hinter einer der Thüren.“

„Nebe verließ das Theater; er schloß sich rasch und eilte rasch nach Hause, als er die letzte Nachtstunde erreichte. Es war ihm so leicht, so froh zu sein, er schloß den Boden kann, ein den er um. Mit raschen Schritten eilte er nach Hause — Open und Trinken? Er dachte gar nicht daran. Seine Glieder zitterten, seine ganze Gestalt bebte, und als er sein Zimmer, einliches Zimmer im vierten Stock erreichte, ließ er den Kegel hinter sich zu, warf sich auf das Sofa, sang sein Gebet in den Händen und weinte wie ein Kind.“

ihnen Schlosse sah der alte Förster behaglich hinter einer Klause Wein und einem großen Stück Kuchen, fest entschlossen, es sich den festigen Abend einmal gut sein zu lassen — kam es doch überhaupt nicht häufig vor — als der Wiesemüller, der auf der Stadtseite an das Gut stieß und häufigen Verkehr mit dem Hausbesitzer hielt, das Zimmer betrat und sich mit dem Tisch setzte.

Natürlich wurde ihm ebenfalls sogleich ein Glas vorgelegt, und das Gespräch drehte sich gerade um all' die verschiedenen Personalitäten, welche sich heute zu dem Feilbier eingefunden, während Jonas, der zwischen ihnen saß und immer noch glaubte, andere Leute merkten nicht, daß er taub sei, mit hinein sprach und oft die verkehrtesten Dinge vorbrachte.

„Der alte Fritz hat sich auch richtig eingefunden,“ sagte der Müller; „das ist ein durchtriebener Haimle und weiß seine Zeit vortrefflich abzumessen.“

„Der Hans!“ brummte der Förster in sein Glas hinein. „Der Graf hat ihm ja verboten, sich nach Dunkelwerden auf dem Grund und Boden hier wieder sehen zu lassen.“

„Ja, heute ist aber eine Ausnahme,“ lachte der Holz-händler, „denn wenn er bei hellem Tag erst käme, wär die Schöpfung vorbei und er kriegte nichts mehr.“

„Schadet ihm auch nichts,“ meinte der Müller, „und ich wolle, er hätte die hiesige Gegend nie gesehen, denn seit er da ist, spür' ich's an meinen Fingern.“

„Er sieht, wo er was kriegen kann,“ meinte der Förster, „und meine Fingern wissen davon zu erzählen.“

„Ach Herr Förster!“ lachte der Müller; „meinem Gewahr, dem Holzberg, hat er wirklich jeden Straub ver-lacht.“

„Der Cajan!“ rief der Förster; „aber ich kann doch hier, Gott frug' mich, nicht den ganzen Tag im Park stehen, wo ich die besten des große Reiter und die Stadt in der Nähe

habe, in der das Gefindel Alles brauchen kann, was vor-kommt. Wenn er sich aber hier am Fischwasser herumtriebe, müßte ihn Jonas doch über Tag bemerkt haben. Habt Ihr den Fritz schon einmal angeln sehen, Jonas?“

„Da lieber Gott,“ sagte der alte Mann, der indessen seinen eigenen Gedanken gefolgt war und jetzt merkte, daß er angerebet wurde, „als kleines Kind hab' ich ja schon auf den Armen getragen!“

„Wen?“ schrie der Müller.

„Die liebe Komtesse, und wenn mich Gott leben läßt, kann ich jetzt auch vielleicht ihre Kindchen sehen.“

„Ob Ihr den alten Fritz nicht habt fischen sehen, fragt der Förster,“ schrie ihm jetzt der Müller in's Ohr.

Jonas sah ihn ganz erkannt an, denn er begriff die Frage nicht einmal gleich; endlich aber nickte er lächelnd mit dem Kopf und sagte:

„Den alten Fritz? Oh, gewiß, nach Maulwürfen. Seine Angelruthen stecken ja über die ganze Wiese, und er ist darin ein tüchtiger Kerl, das muß man ihm lassen; es macht's ihm Reiner nach.“

„Mit dem Alten ist ja nicht zu reden,“ sagte der Förster halblaut, „und wenn wir so schreien, hört's am Ende der Hallenke da draußen und lacht uns noch oben-drein aus.“

„Hört einmal, Förster,“ sagte der Müller leise, „der Maulwurfsfänger ist mit allen Hunden gehegt, und so hält es verdammt schwer, hinter seine Schliche zu kommen; bei einem Glase Wein hat aber schon Mancher ausgeplaudert, wovor er sich sonst wohl gehütet und sich lieber die eigene Zunge abgerieben hätte. Wenn wir ihn nun einmal herein-treiben und ihm ein bißchen zusetzen?“

„Der trinkt uns Beide unter den Tisch,“ brummte der Förster.

(Fortsetzung folgt.)